

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 67.

Dienstag, den 19. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs

hat in allen Parteien einen förmlichen Ausruf hervorgerufen. Allgemein ist das Bedauern über seinen Rücktritt. Nicht nur die linksstehende Presse, auch Blätter wie die „Post“ stellen ihn an die Seite von Lindequist, der bekanntlich auch dem Reichskanzler nicht geschmeichelnd genug war. Die Erregung steigert sich, je mehr sich herausstellt, daß Wermuth ein Opfer des Zentrums geworden ist, das jetzt anscheinend auf der ganzen Linie gesiegt hat. Die Phrase in der offiziellen Regierungserklärung, daß die Regierung nicht alle Spaltungen aufs neue aufreißen dürfe, die Parteien vielmehr zusammen halte, ist Zentrumsdiktum, das man schon in den Wahlzeiten aus Zentrumsblättern häufig hören konnte. Die gegenwärtige Situation wird am besten illustriert durch den folgenden Subtext der „Germania“:

„Der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. Hertling ist für Sonntag vom Kaiser zum Frühstück geladen. Zur Rückreise nach München ist ihm ein Salonwagen zur Verfügung gestellt worden.“

Die „Germania“ hat Ursache zu frohlocken, das Zentrum ist wirklich oben auf und kann beanspruchen, vom Kaiser mit dem nötigen Respekt behandelt und im Extralohnwagen gefahren zu werden. Man hat nicht gewagt, das Zentrum mit der Erbschaftsteuer zu „brüskieren“, und man hat sich auch die Erzberger'schen Rechenkunststücke zu eigen gemacht, die die Möglichkeit der Deckung der neuen Wehrvorlage aus den laufenden Einnahmen nachzuweisen suchten, und weil Wermuth diese Kapitulation Bethmann-Hollwegs vor den allmächtigen schwarzen Herren nicht mitmachte, deswegen mußte er verschwinden. In dem offiziellen Nachruf der „Nordd. Allg. Zeitung“ für Wermuth wird diesem nachgesagt, daß er von Beginn seiner Amtsführung mit Energie dafür eingetreten sei, daß keine neuen Ausgaben ohne hinreichende Deckung bleiben dürfen“ und das offiziöse Geschwätz fügt hinzu: „Dieses Prinzip ist auch in der Besprechung des Reichskanzlers mit den einzelstaatlichen Ministern voll anerkannt worden und wird auch gegenüber den neuen Wehrkosten zur Anwendung kommen.“ Mit Recht jagt dazu die „Post“:

„Ja, wenn das wirklich der Fall ist, weshalb ist denn dann der Reichsschatzsekretär überhaupt aus seinem Amte geschieden? Glaub man wirklich, mit solchen Notizen der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen zu können?“

Die „Tägl. Rundschau“ und selbst die „Germania“ verraten mehr über die wahren Gründe des Wermuth'schen Abschieds. Die „Tägl. Rundschau“ schreibt:

„Allerdings hat sich Wermuth am Donnerstag mit der ihm eigenen Energie gegen die Vorschläge des Zentrums ausgesprochen und sich auch gegenüber dem bayerischen Antrag, die „Liebesgabe“ zu beseitigen, ablehnend verhalten, da er in diesem Vorschlage einen Vorläufer des Spiritusmonopols sieht, das er für das Reich, vom finanziellen Gesichtspunkte, als nicht empfehlenswert betrachtet. Wermuth wies erneut darauf hin, daß nur eine Besteuerung eine sichere Gewähr für die Deckung der Wehrvorlagen biete, da die Beseitigung der „Liebesgabe“ voraussichtlich einen Konsumrückgang und daher geringere Steuererträge ergeben wird. Den letzten Anlaß und Anstoß zu Wermuth's Rücktritt hat aber der Umstand gegeben, daß man der Weigerung Wermuth's, auf Wunsch und Vorschlag des Zentrums einzelne Posten in den Voranschlägen des Etats willkürlich zu erhöhen, nicht mit genügender Deutlichkeit beitrug und dem entschiedenen Wunsch des Schatzsekretärs, eine bundesrätliche Rundgebung gegen die Zentrumsvorschläge zu erlangen, nicht Folge leistete.“

Ähnliche Mitteilungen macht auch die „Germania“:

„Immerhin ist zwischen den persönlichen Wünschen oder finanziellen Anschauungen des Reichsschatzsekretärs und den Beschlüssen der Ministerkonferenz eine derartige Differenz zutage getreten, daß Herr Wermuth geglaubt hat, deshalb nicht länger im Amte bleiben zu können. Näheres darüber wird man wohl bald aus der Herrn Wermuth besonders befreundeten Presse erfahren. Die Stellung des Reichsschatzsekretärs Wermuth galt übrigens schon vor der Ministerkonferenz als erschüttert, zumal nachdem der Reichskanzler seinen Vortritt in der Erbschaftsteuerfrage im Reichstage abgelehnt hatte.“

Wichtig ist allerdings, daß das Zentrum schon lange ein Reflektieren gegen Wermuth in den Gang brachte und es spricht nur von dem Machtverlust des Zentrums, wenn es daraufhin schon seine Stellung als erschüttert er-

klärt. Wenn nur das Zentrum diesmal den Bogen nicht überspannt hat. Die gesamte Presse von rechts und links ist darüber einig, daß das Auscheiden Wermuth's die Situation nur verschlechtert und die Verwirrungen auf den Gipfel gebracht hat.

Daß der Ertrag aus der Liebesgabe nicht zur Deckung der Wehrvorlage ausreicht, darüber ist man sich von vornherein klar. Das sind im Höchstfalle 35 Millionen Mark und nicht mit Unrecht wird auch darauf hingewiesen, daß unter Umständen mit einem Konsumrückgang zu rechnen ist, der diesen Betrag noch herabdrückt. Es entsteht nun die Frage, woher die weiteren Summen genommen werden sollen. Die „National-Zeitung“ teilt mit, daß in parlamentarischen Kreisen angeregt worden sei, die Erbschaftsteuer durch einen Initiativantrag im Reichstage zur Diskussion und Abstimmung zu bringen, um der Regierung zu beweisen, daß ihre Zurückhaltung, woher die Zustimmung der Anhänger der Erbschaftsteuer findet, noch den Wünschen der Mehrheit des Volkes entspricht, daß man nach wie vor in dieser Steuer den besten Weg sehe, dem Reiche dauernde und sichere Einnahmen zu schaffen. Gelegt den Fall aber, wenn dieser Plan verwirklicht würde und die Erbschaftsteuer Annahme fände, was dann? Würde die Regierung eine Steuer, die ihr vom Reichstage entgegengebracht wird, ablehnen, nur um dem Zentrum und dem Konservativen gefällig zu sein? Man sieht, die Verwirrung ist nicht gering, ganz abgesehen von der Stimmung, die in den linksstehenden Parteien über die Unterwerfung Bethmann-Hollwegs unter die Zentrums-herrschaft ausgelöst wurde. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schließt in einem Artikel, der überschrieben ist „Von Stufe zu Stufe“ mit folgenden, für Bethmann-Hollweg nicht sehr schmeichelhaften Worten:

„Dieses Regime würde immer „homogener“, aber nur dadurch, daß die Männer von staatsmännischem Können und von persönlichem Rückgrat, die Dernburg, von Lindequist und jetzt Herr Wermuth ihm den Rücken kehrten oder unter solchen Begleiterscheinungen zum Gehen gezwungen wurden, welche das Ansehen des Ministeriums Bethmann zu mehren am wenigsten geeignet waren. Noch am 16. Februar, genau vor vier Wochen, hat der Herr Reichskanzler den Zentrumsabg. Speck mit scharfen Worten zurückgewiesen, als dieser die etwaige Wiedereinbringung der Erbschaftsteuervorlage eine „Brüskierung“ seiner Partei nennen zu sollen glaubte. „Das ist — so sagte Herr von Bethmann damals — ein sehr starkes Wort, hinter dem sich Machtansprüche verbergen, die ich nicht anerkennen kann.“ Und heute? Stufe um Stufe! Heute sind die Machtansprüche nicht nur durch den Verzicht auf die Erbschaftsteuer anerkannt; sie sind in einem Umfange bewilligt worden, der einer völligen Unterwerfung der Regierungsautorität unter klerikalen Willen gleichkommt. Die Herren von Hertling und Erzberger sind auf der ganzen Linie gegen Herrn von Bethmann Sieger geblieben, so daß die nationale Öffentlichkeit an den Herrn Reichskanzler nicht den dringenden Wunsch, nein: die energische Forderung richten muß, umzukehren, ehe es zu spät ist!“

Im „Lokal-Anzeiger“ (Sonntag-Morgenblatt) wird übrigens eine Verteidigung Bethmann's gegen die hagel-dicht fallenden Angriffe versucht. Das Scherblatt läßt sich wie folgt von Bethmann oder vielleicht auch von Wermuth's Nachfolger schreiben:

„Der Gedanke lag nahe, gerade diesen Weg einzuschlagen. Es handelt sich bei dem Plan, die den Brennern gewährten Kontingentierungsvorteile aufzuheben, um eine alte Forderung der linksstehenden Parteien. Diese Stellungnahme der Liberalen konnte natürlich für sich allein noch nicht bewirken, daß auch der Bundesrat sich mit der Frage ernstlich befaßte. Dies konnte erst geschehen, nachdem man sich vergewißert hatte, daß auch auf konservativer Seite Stimmung für die Opferung der „Liebesgabe“ vorhanden war. Infolgedessen wurde Fühlung mit der konservativen Fraktion genommen, und da ergab sich, daß auf Grund der Erklärungen, die die norddeutschen Brenner abgaben, hier kein Wert mehr auf ein Fortbestehen des Kontingentierungsvorteiles gelegt wurde. Die Einkünfte, die die Reichsregierung sich von deren Beseitigung verspricht, werden auf 30 bis 40 Millionen Mark jährlich veranschlagt.“

Wie wir weiter mitteilen können, sollen die süddeutschen Brennerereien für den Ausfall, den sie durch die volle Verbrauchsabgabe auf den Kontingentspiritus erleiden, in einer noch zu beratenden Weise entschädigt werden. In mehreren Blättern begegnen wir der Ansicht, daß die Beseitigung der „Liebesgabe“ im Verhältnis zu den neu aufzubringenden Mitteln nur einen verschwindenden Betrag darstellen würde. Dabei wird als durch neue Steuern aufzubringen eine viel zu hohe Summe, in einzelnen Blättern sogar ein Betrag von 170 bis 180 Millionen, genannt. Wir möchten daran erinnern, daß auch bisher nicht daran gedacht worden ist, die Neuforderungen völlig

durch neue Steuern zu decken. Der durch neu aufzutreibende Mittel zu deckende Betrag reicht auch nach den früheren Berechnungen nicht annähernd an die genannte Ziffer heran. Die durch Erweiterung der Erbschaftsteuer aufzubringende Summe würde sich nach dem Maßstab der Pläne von 1909 auf etwa 50 Millionen belaufen haben. Aus der Beseitigung der „Liebesgabe“ würden bis zu 40 Millionen zu erwarten sein. Der Unterschied ist also keineswegs erheblich. Aufgabe der Ministerbesprechung war es, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Teil der neuen Ausgaben durch Erschließung neuer Einnahmequellen zu decken sein würde. Die Höhe dieser Summe ist unter völliger Wahrung der bisherigen Grundzüge der Reichsfinanzverwaltung festgestellt worden.“

Die Behauptung, daß bisher nicht daran gedacht worden sei, die Neuforderungen völlig durch neue Steuern zu decken, ist eine glatte Unwahrheit.

Alle Erörterungen sind vielmehr von dieser Voraussetzung ausgegangen. Nur das Zentrum nahm bekanntlich einen anderen Standpunkt ein.

Wie unsere Genossen aus diesen Vorkommnissen ersehen, ist die Situation gegenwärtig wieder eine gespannte. Da heißt es: Auf dem Posten sein!

## Der Kampf der Bergarbeiter.

Die Angaben der bürgerlichen Zeitungen über ein starkes Abflauen der Streikbewegung sind übertrieben. Tatsache ist, daß am Montag noch ein Teil der Ausständigen angefahren ist. Die Zahl der Ausständigen beträgt aber immer noch 170 000 bis 180 000. Die Beteiligungsziffer schwankt sehr stark. Während auf einer Grube die Zahl der Streikenden geringer wird, kommen auf anderen Gruben noch eine Anzahl Ausständiger zu den bereits im Ausstand befindlichen hinzu.

Im Deister Kohlenrevier sind von 2500 Bergleuten 2000 nicht angefahren.

Die Zahl der Streikenden im Lothringer Revier hat sich auf 5000 erhöht.

Im Waldenburger Revier fanden am Sonntag 15 Bergarbeiterversammlungen statt, die von zirka 10 000 Personen besucht waren. Am Mittwoch findet dort eine Konferenz statt, um über den Streik zu beschließen.

In Oberschlesien sind die Bergarbeiter auf Grube Charlotte nicht angefahren.

Soweit bis jetzt die Lage übersehen werden kann, ist die Beteiligung am Streik im sächsischen Kohlenrevier stärker, als jemals bei anderen Lohnbewegungen im dortigen Revier. Auf dem Brückenbergschacht sind gleich Montag 85 Prozent der Belegschaft nicht angefahren; besonders stark sind auch die Unorganisierten am Streik beteiligt. Auf dem Tiefbau, wie auf dem Vertrauensschachte beträchtigt die Streikbeteiligung  $\frac{2}{3}$  der Belegschaft, auf dem Allgemeinschachte 70 Prozent. Auf den Vereinsglückswerken streikt die ganze Belegschaft, auf dem Käferschacht sind bis auf 10 Mann alle Arbeiter ausgeblieben. Auf dem 3. Morgensternschacht sind nicht einmal 100 Mann von 800 angefahren, sogar die Tagelöhner streiken. Auf dem 2. Wilhelmsschacht streiken 90 Prozent. — Im Streikrevier ist alles ruhig. Polizei und Gendarmen sind in nicht gerade großer Zahl im Streikrevier konzentriert. Die Streikenden lassen sich in der Nähe der Zechen nicht sehen, um jeden Anlaß zum polizeilichen Einschreiten zu vermeiden. — Gegnerische Organisationen kommen in diesem Streik in Sachsen nicht in Betracht, auch der christliche Bergarbeiterverband hat im Streikrevier keine Anhänger. Von den in den Gruben beschäftigten 13 000 Bergarbeitern sind 5000 im alten Verband organisiert, die übrigen sind unorganisiert, beteiligen sich aber zu einem großen Teil am Ausstand.

In Oberschlesien bei Nokolai sind drei weitere Gruben in den Ausstand getreten.

Im Senftenberger Braunkohlengebiet fanden am Sonntag neun öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem vom Herrenhaus verlangten Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung und mit dem Ausstand der Bergarbeiter im Ruhrrevier beschäftigten. Alle Versammlungen, in denen zumeist sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete redeten, erfreuten sich eines starken Besuches und das Interesse an der Lohnbewegung der westfälischen Bergknappen zeigte sich an den temperamentvollen Äußerungen der Versammlungsbesucher. — Eine Lohnbewegung der Bergarbeiter des Niederläufiger Braunkohlengebiets ist zurzeit nicht gedacht, wenn aber der Ruf an die Knappen dieses Gebiets ergeht, mit ihren Kameraden in Westfalen gemeinsame Sache zu machen, so werden sie ihm folgen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im



Niederlassiger Kohlenrevier sind bekanntlich miserabel, während die Aktionäre hohe Gewinne einstreichen.

Versammlungen der christlichen Bergarbeiter fanden ebenfalls am Sonntag im Ruhrrevier statt. In Voittrop sprach Stegerwald und in Steele der Redakteur des „Bergknappen“ Abg. Imbusch. Sie erklärten den Streik für verloren und prophezeiten ihren Zuhörern, daß der Gewerkeverein gekniffelt aus dieser Bewegung hervorgehen werde. Zum Schluß forderten die Redner zum Kampf gegen den sozialdemokratischen Druck auf, der den Bergarbeitern hoffentlich Befreiung vom sozialdemokratischen Joch bringen werde. — Diese „christlichen Arbeiterfreunde“ könnten sich wirklich etwas darauf einbilden, wenn sie mit Hilfe der Polizei, des Militärs, der reaktionärsten Scharfmacher und ihres eigenen Arbeiterverrats die um ihr Recht kämpfenden Bergarbeiter niedergerungen hätten.

Während in regulärer Zeit im Ruhr-Kohlenrevier täglich 30 000 Eisenbahnwaggons Kohlen verladen werden, kommen jetzt nur etwa 11 000 Waggons zur Verladung.

In Castrop haben Geistliche den Bäckern verboten an die Streikenden Brot zu verkaufen.

In Castrop standen am Montag die ersten Aburteilungen der an den Streikkravallen im Ruhrgebiet Beteiligten zur Verhandlung. 13 Unschuldige wurden aus der Haft vorgeführt. Sie hatten sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Beleidigung Arbeitswilliger zu verantworten. Die Angeklagten sollen die Arbeitswilligen belästigt, ihnen Schimpfnamen beigelegt, „Pfu!“ oder „Streikbrecher“ zugerufen haben. Das Schöffengericht erkannte auf Gefängnisstrafen von ein bis zwei Monaten und beschloß in allen Fällen, den Haftbefehl aufrecht zu erhalten, um, wie das Gericht ausführte, die Angeklagten vor weiteren Ausschreitungen in der jetzigen bewegten Zeit zu bewahren.

In Dortmund fanden ebenfalls die ersten Ururteilungen statt. Eine Anzahl Bergarbeiter, die in der Nähe der Schächte Kaiserkuhl I und II mit Steinen nach den Gendarmen geworfen haben sollen, wurden mit 14 Tagen bis zu 3 Wochen Haft bestraft.

In der Redaktion der „Essener Arbeiterzeitung“ erschienen am Sonnabend drei Kriminalbeamte, um das Manuskript einer am Montag vorher bereits veröffentlichten Notiz über die Entsendung von Berliner Polizisten zu suchen. Gefunden wurde natürlich nichts. In der Notiz wurde angedeutet, daß nun in Berlin noch weniger Verbrecher gefaßt würden, da die „ausgesuchten“ Leute nach dem Ruhrgebiet gezogen würden.

Natürlich wird jeder Scharfmacher und ihre gesamten Handlanger, vom letzten zentrumschriftlichen Gewerkevereinsführer an bis zum feindlichsten Junker hinauf die sozialdemokratischen „Heger“ verantwortlich machen für das vergessene Arbeiterblut. Es ist den Christlichen und ihren Hintermännern nicht gelungen, den Streik im Ruhrrevier durch Verrat zu brechen. Nun soll er nach dem Rezept der Junker und Scharfmacher im Blute erstickt werden. Bisher hat die Ruhe und Besonnenheit der Streikenden größere Attacken verhindert. Ob das immer gelingen wird? Man lese, was ein bürgerliches Blatt, der „Duisburger General-Anzeiger“, schreibt:

„Aus kommen von den verchiedensten Seiten und von den einwandfreiesten Zeugen begründete Klagen darüber zu Gehör, daß die Organe der Sicherheit teilweise nicht mit der Ruhe und Umsicht verfahren, die der Ernst des Augenblicks erheischt. Wenn wir heute noch nicht mit Einzelfällen der Öffentlichkeit dienen, so tun wir es lediglich in der ernsten Hoffnung, daß sich die maßgebenden Behörden eine Mahnung gerne gefallen lassen werden. Sollten aber noch mehr einwandfreie Personen, deren Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist, in dem Geschäft bitterster Kränkung ihres Gerechtigkeitsempfindens sich an uns wenden, so werden wir kein Bedenken mehr tragen, diejenigen an den Pranger zu stellen, die sich zu Ausschreitungen als Sicherheitsorgane hinstellen lassen, die das, wozu sie von Berufs wegen bestimmt sind, in das Gegenteil verkehren. Wir werden nicht verhindern können, daß sich die Meinung in unserer Bevölkerung festsetzt, daß die Regierung unvorständig gewesen ist in der Auswahl der zum Schutz der Arbeitswilligen bestimmten Organe, daß man zu glauben beginnt, daß es sich nicht handelt um alte, erfahrene, im Sicherheitsdienst erprobte und mit der Volksseele vertraute Sicherheitsmannschaften, sondern um Ausschüßmannschaften, die unter Umständen mehr Schaden als nützen können. Wenn man Wasser liefern will auf die Mühlen derer, die sich beschwerten über rigoroses und provokatorisches Vorgehen, dann mag man so weiter arbeiten lassen, wenn es aber auch der Regierung darauf ankommt, schwere Zusammenstöße zu vermeiden, dann ist die erste Voraussetzung die, daß nur solche Schutzmannschaften zur Verwendung kommen, die sich auch der ungeheuren Verantwortung ihrer augenblicklich erweiterten Befugnisse voll und klar bewußt sind.“

Nach diesem Urteil aus bürgerlichem Munde über das Vorgehen der Sicherheitsorgane erscheint die scharfe Beurteilung, die Sachje im Reichstage den Polizeitaten angedeihen ließ, durchaus gerecht.

## Politische Rundschau

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Nach der dreitägigen Unterbrechung durch die Verhandlung der Streikinterpellation hat der Reichstag gestern die Beratung des Etats des Reichsamtis des Innern wieder aufgenommen. Sehr weit ist man allerdings nicht gekommen, allen guten Vorsätzen zum Trotz, die dieser Tage erst der Seniorenkongress den Abgeordneten einreden wollte. Die Redezeit tobte sich erst noch eine Weile beim Titel „Reichsschulkommission“ aus, und der späte Abend war angebrochen, als die Auseinandersetzung über das Kali längst ihr Ende nicht gefunden hatte. Wir haben in diesen Tagen keinen Grund, diese Diskussion zu bedauern oder ihre Abkürzung besonders zu wünschen. Es ist vielmehr recht erfreulich — wie unser Fraktionsredner im Laufe der

Debatte selbst bemerkte — daß es überhaupt einmal gelungen ist, eine größere Schuldebatte zu entwickeln. Und zweifellos bedürfen auch die Probleme, welche die Rall-gesehgebung erst gestellt hat, ausführlicher Besprechung.

Die Resolution, in der unsere Fraktion den Ausbau der Reichsschulkommission zu einer Reichsschulamt forderte, fand keinen Freund unter allen bürgerlichen Parteien. Nacheinander polemisierten gegen sie der Zentralist Dr. Preuß, der Nationalliberale Reintsh und der Volksparteiler Bruchhoff. Aber man kann nicht sagen, daß ihre Einwände sehr wirksam waren. Was heißt es, wenn man angeblich Angst vor einer Schablonisierung empfindet, wo heute schon das Schulwesen z. B. im preussischen Staat zentralisiert ist? Darauf und auf die Wichtigkeit anderer Ausreden wies mit gutem Recht und sehr wirkungsvoll Genosse Scholz hin, der schließlich daran erinnern konnte, daß die Lehrer seit Jahrzehnten die Forderungen vertreten, die jetzt allein in der Sozialdemokratie zu finden sind. Unsere Resolution wurde abgelehnt. Aber bei der schlechten Besetzung der Mitte und der rechten Seite des Hauses mußte der Präsident zögern, ehe er feststellen konnte, wohin die Mehrheit sich geneigt hatte!

Nach einem kurzen Zwischenpiel über Heimatwesen und Angenerbanden begann die große Ralldebatte, die sich besonders aufbaute auf der von unserer Fraktion eingebrachten und von der Budgetkommission angenommenen Resolution. In einer sehr eingehenden und gut dokumentierten Rede entwickelte Genosse Hoch unter großer Aufmerksamkeit der anwesenden Abgeordneten die Stellung unserer Partei. Er legte Wert darauf zu betonen, daß mehrfach — namentlich bei der Verteilung der Propagandagelder — das Gesetz eine falsche und willkürliche Anwendung gefunden. Jedenfalls hätte die Verteilung, wie sie von der sozialdemokratischen Fraktion feinerzeit schon bei der Beratung des ersten Entwurfes gefordert wurde, die zahlreichen Nachteile nicht entstehen lassen, die sich jetzt aus der Anwendung des Gesetzes ergeben haben. Diese Nachteile untersuchte unser Redner im einzelnen, und aus seinen Ausführungen ging klar hervor, daß nur eine grundsätzliche und entschlossene Änderung wirksame Besserung schaffen wird. Als Rettung aus all den Wirrnissen und Schwierigkeiten wird jetzt das Staatsmonopol vorgeschlagen. Genosse Hoch zeigte in einer allgemeinen Betrachtung, in die seine interessanten Darlegungen mündeten, unter welchen bestimmten Bedingungen wir einem derartigen Monopol zustimmen könnten.

Der Vertreter der Regierung, der Unterstaatssekretär Richter, ließ sich auf eine Behandlung der ganzen Grundlage des Gesetzes nicht ein. Er beschränkte sich darauf, den bisherigen Verteilungsmodus der Propagandagelder möglichst zu rechtfertigen und im übrigen die Resolution der Budgetkommission so weit anzunehmen, als die Löhne der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Für die Nationalliberalen sprach der Abg. Bärwinkel, der sich namentlich dagegen wehrte, daß die Propagandagelder nach dem Willen der Budgetkommission zum Teil in der Reichskasse verbleiben sollen. Die weitere Debatte, die sich noch in der Hauptsache um die Schaffung einer neuen Frachtbasis handelte, wurde um 1/2 8 Uhr abgebrochen und auf heute vertagt. Der Präsident erinnerte noch an die Beschlüsse des Seniorenkongress und drohte mit Abend-sitzungen.

#### Die Bergarbeiterdebatte im preussischen Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hatte am Montag einen sogenannten großen Tag. Auf der Tagesordnung standen die fünf von den Konservativen, Freikonservativen, Fortschrittlichen, Nationalliberalen und vom Zentrum eingebrachten Interpellationen über den Bergarbeiterstreik. Am Ministerisch war neben dem Handelsminister Sydow auch der Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, erschienen, der seit langen Wochen wegen Erkrankung den Verhandlungen des Hauses ferngeblieben ist. — Die Sitzung nahm einen ungewöhnlich kühnischen Verlauf. Der Präsident kargte nicht mit Ordnungsrufen gegen die Sozialdemokraten. Allerdings bekam noch keiner von ihnen das Wort, aber die fortgesetzten Provokationen von der Rechten und vom Ministerisch riefen mehr als einmal den berechtigten Unwillen unserer Genossen hervor, der sich dann in lebhaften Zwischenrufen Luft machte. Zunächst begründete der konservative Abg. Stroßer die Interpellation seiner Freunde. Seine Ausführungen liefen im wesentlichen darauf hinaus, daß die Sozialdemokraten den schlimmsten Terrorismus gegen die arbeitswilligen Mitglieder der christlichen Organisation ausüben und daß es höchste Zeit sei, endlich ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zu erlassen. Noch schärfer drückte sich der Freikonservative, Abg. Frhr. v. Zedlig, aus, der von einer vermittelnden Tätigkeit der Regierung nichts wissen will, weil das lediglich Nahrung für die Bestrebungen der Sozialdemokratie sei. Selbstverständlich billigte Herr v. Zedlig die Requirierung des Militärs, ja er verlangte sogar, daß auch nach Schließen zeitig Militär einrückt, um, falls es dort zum Streik kommt, die Arbeitswilligen zu schützen. Seine Rede, die von Blutvergießen nur so überfließ, gipfelte ebenso wie die des Konservativen in einer Forderung der Änderung der Gesetze.

Nach Zedlig kam Dr. Friedberg (N.) zum Wort. Auch dieser Herr zeterete genau so wie die Konservativen über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten. Er verneint, daß überhaupt ein Grund zum Streik vorgelegen habe, da die Löhne sehr gute seien, und gibt der Ansicht Ausdruck, daß es sich nur um eine Machtprobe handele, durch die die Sozialdemokraten den christlichen Verband vernichten wollen. Er schloß seine Ausführungen mit einem warmen Dank an die Regierung für die Herbeiführung des Militärs. — Auf einen anderen Standpunkt stellte sich Dr. Pachmick (Fortschrittler), der Licht und Schatten auf beide Seiten gleichmäßig verteilte. Allerdings meinte auch er, daß seitens der Sozialdemokraten Terrorismus geübt werde, fügte aber hinzu, daß die Konservativen einen weit schlimmeren Terrorismus treiben und bewies dies durch zahlreiche Beispiele. Gegen eine Änderung der Gesetze wandte er sich entschieden, da nach seiner Ansicht die gesetzlichen Bestimmungen ausreichen. — Als letzter Interpellant endlich erhielt das Wort Abg. Imbusch vom Zentrum, einer der christlichen Gewerkschaftsführer, der seine Hauptaufgabe in allerhand

Angriffen auf den alten Verband und auf die Sozialdemokratie erblickte und seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß das Militär erst so spät herbeigeholt worden sei.

Beantwortet wurden die Interpellationen von dem Handelsminister Sydow, der im wesentlichen daselbst sagte, wie im Reichstage und vom Minister des Innern, v. Dallwitz, dessen Ausführungen alles bisher Dage-wesene in den Schatten stellten. Fast konnte man den Eindruck gewinnen, als ob Herr v. Dallwitz nur auf die Zusammenstöße zwischen Militär und Streikende gelauert habe. Er gab zu, daß schon seit langer Zeit für die Industrie ein Plan über die Verteilung des Militärs bei Streiks ausgearbeitet sei. Alles, was in den letzten Tagen an Märschen über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten in der Unternehmerpresse gestanden hat, hatte der Minister sehr fein säuberlich aufgeklebt; er ver-las es unter dem jubelnden Beifall der Rechten, die durch den Beweis erbracht sah, daß tatsächlich der Schutz der Arbeitswilligen nicht ausreiche. Was vor zwei Jahren von der Polizei über die Moabiter Unruhen verbreitet und vom Minister im Abgeordnetenhause vorgetragen war, ist ein Kinderspiel gegen das, was er am Montag zum Besten gab. Warten wir ab, ob er nicht genau so, wie in Moabit, auch diesmal durch die gerichtlichen Verhandlungen Lügen gestraft wird. Daß er die Ausführungen unseres Genosse Sachse im Reichstage als Beschimpfungen bezeluhete, ist nur ein Beweis für das Niveau, auf dem die Rede des Ministers sich bewegte.

Die Besprechung der Interpellationen wurde auf Dienstag vertagt.

#### Der Ruhhandel mit dem Elsaß-Lothringer Zentrum

Ist von der reichsständischen Regierung eingeleitet worden. Der „Deutsche Tageszeitung“ wird „auf Grund authentischer Informationen“ mitgeteilt, daß die Elsaß-Lothringische Regierung mit dem Elsaß-Lothringischen Zentrum in der Frage des Kaiserlichen Gnadenfonds Pflanzung genommen habe und hoffe, daß diese Partei im Plenum ihre Stellungnahme revidieren und den Fonds bewilligen werde, der bekanntlich in der Kommission vom Zentrum in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten gestrichen worden war. Das agrarische Blatt fügt dieser Meldung hinzu: „Das wäre gewiß dringend zu wünschen, namentlich auch im Interesse des Elsaß-Lothringischen Zentrums; leider aber steht die Hoffnung der Regierung, wie wir zu wissen glauben, auf recht schwachen Füßen.“

Es erweckt den Anschein, als wolle die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihrer pessimistischen Bemerkung nur das reichsdeutsche Zentrum veranlassen, im Interesse des guten schwarzblauen Einvernehmens noch etwas stärkeren Druck auf die Straßburger Zentrumsler auszuüben, damit der Fonds bewilligt und die „monarchische Treue“ des Zentrums vor Flecken bewahrt wird. Es dürfte jedoch gesteigerten Drucks kaum bedürfen. Der Handel zwischen reichsständischer Regierung und Zentrum kommt auch ohne dem zustande.

### Schweden.

Eine kleine Niederlage des Militarismus. Die Regierung hatte eine Herabsetzung der Dienstzeit der nicht wehrfähigen Militärpflichtigen, die bis jetzt, gleich der Dienstzeit der wehrfähigen Mannschaft, teils 365, teils 240 Tage betrug, auf 182 Tage vorgeschlagen, um auch auf diesem Wege eine kleine Ersparnis an den militärischen Ausgaben zu erzielen, was ja dem Programm des liberalen Ministeriums entspricht. In der Ersten Kammer des Reichstags wurde dagegen eine heftige Opposition laut und die Militaristen gebärdeten sich, als ob das Vaterland in Gefahr wäre, wenn die jungen Leute, die man nicht für fähig hält, Waffen zu tragen, nicht mehr mit Arbeiten beschäftigt werden, die teils zwecklos sind, teils von freien und geübten Arbeitern besser und kost-freier ausgeführt werden können. Nun hat jedoch die Erste Kammer nach langem Schwanken und vielem Ge-rede den Regierungsvorschlag gutgeheißen, womit die Herabsetzung der Dienstzeit der nicht wehrfähigen Leute gesichert ist. Das ist ein kleiner Erfolg für die Regierung, die gerade jetzt alle Kraft einsetzen muß, um sich gegenüber den Treibereien der Militaristen und Nordspatrioten im Lande zu behaupten. Von diesen Leuten ist nämlich, bald nach dem die Regierung den von ihrer Vorgängerin begonnenen Bau eines neuen Panzerschiffes vorläufig ver-hinderte, um erst einmal die Frage der Landesverteidigung gründlich untersuchen zu lassen, ein Panzerbootsverein gegründet worden, der Sammlungen veranstaltet, um dem Staat das Kriegsschiff zu schenken, und zwar unter der Bedingung, daß es sofort gebaut wird. Man will also durch Geld Regierung und Reichstag zwingen, ein Panzerboot zu bauen, ohne sich erst überlegen zu können, ob das notwendig und erforderlich ist. Die schwedischen Nordspatrioten haben auch den Forschungsreisenden Sven Hedin vor ihren Agitationswagen gespannt, ihre Agitation überdies in die Schulen und Lehranstalten getragen und sogar die Krankenhäuser nicht verschont. Gegen diese Machenschaften haben unsere Genossen im schwedischen Reichstag bereits kräftig protestiert, und man muß gespannt sein, wie die Sache verläuft, und ob die Regierung, wenn die Sammlungen wirklich den Erfolg haben, den man sich wünscht, fest auf ihrem Standpunkt beharrt und sich nicht ins Bockshorn jagen läßt.

### England.

Regierung und Bergarbeiter. Im Unterhause ergriff gestern Premierminister Asquith das Wort und teilte mit, daß er heute einen Gesetzentwurf über die Gewährung eines Mindestlohnes an die Bergarbeiter, die in den Kohlenbergwerken unter Tage beschäftigt sind, und über andere damit zusammen-hängende Fragen einbringen werde. Er werde über die Verhandlungen und die Gründe zu dem Gesetzentwurf erst in der heute stattfindenden Sitzung eine Erklärung ab-geden. Nach Ansicht der Regierung sei die Erledigung der Gesetzesvorlage durch das Unterhaus so schnell als möglich, nämlich bis zum nächsten Donnerstag, geboten. In diesem Falle würde sie am Freitag vom Oberhause beraten werden und am Sonnabend die Zustimmung des Königs er-



fällen. In Deutschland hört man nichts von einem Eingreifen der Regierung.

**Amerika.**

**Barbareien eines Insurgentenführers.** Nach Berichten aus Mexiko hat der Insurgentenführer Zapata weiße Frauen angegriffen und gefangen genommen, wobei mehrere Frauen getötet wurden. Vor kurzem habe Zapata eine arme deutsche Frau gefangen genommen, sie beraubt und in grausamer Weise getötet.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

Dienstag, den 19. März.

**Achtung Fabrikarbeiter!** Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbohl (Ing. Dr. C. Christ) befinden sich in Lohn Differenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Zuzug von Brennern nach dem Stanz- und Emaillewerk von Karl Thiel und Söhne** ist streng fernzuhalten.

**Die Beratung des lübischen Staatsbudgets für 1912** begann gestern abend in der Bürgerschaft. Der Voranschlag weist an Einnahmen 16 181 772,18 Mk. auf, denen 16 862 782,82 Mk. Ausgaben gegenüberstehen; mithin ist ein Fehlbetrag von 781 010,70 Mk. zu erwarten, der durch einen zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer und Entnahme der weiteren Erfordernisse aus der Ausgleichskasse gedeckt werden soll. Senator Dr. Fehling gab, abweichend von den bisherigen Gepflogenheiten des Senats bei der Budgetberatung, einen Überblick über die Finanzpolitik unseres Staates und mahnte zur Sparsamkeit, da unsere finanziellen Verhältnisse nicht gerade glänzend sind. Vor einer Erhöhung der Einkommensteuer, welche die Wohlhabenden treffen würde, wurde gewarnt, dafür aber eine Veränderung der Grundsteuer, die natürlich gleichbedeutend mit deren Pinaufschraubung wäre, sowie die Steigerung des Ertrages der Betriebsanstalten in Aussicht gestellt. Auf diese Weise sollen auch die Verbraucher von Wasser, Gas und Elektrizität jedenfalls mehr belastet werden.

Der Ruf nach Sparsamkeit fand bei allen Rednern aus der Mitte der Bürgerschaft ein lebhaftes Echo. Besonders laut erklang dieses aus dem Munde der Herren Dr. Ziehl und Buchwald. Letzterer möchte hauptsächlich gern das Wasser verteuern und damit den minderbemittelten Volkskreisen, die so schon schwer um ihre Existenz ringen müssen, neue Bürden auferlegen. Eine ganze Reihe von Wünschen äußerte auch Herr Julius Klein, der gestern zur Veränderung wieder einmal seinen liberalen Rock angezogen hatte. Auf wie lange ist natürlich nicht zu sagen.

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion kritisierte unser Genosse Stelling scharf, daß nunmehr auch von Seiten lübischer Behörden den privaten Unternehmern mit Einstellung fremder Arbeiter ein schlechtes Beispiel geboten wird. So sucht die hiesige Straßenbahnbehörde in auswärtigen Blättern Schaffner, obwohl sie am Orte genügend geeignete Kräfte erhalten kann. Weiter wurden von Stelling Anträge in Aussicht gestellt, die eine Sicherung des Wahlgeheimnisses bei der Bürgerchaftswahl, sowie Vornahme dieser Wahl an einem gesetzlichen Ruhetage fordern. Redner beantragte und begründete dann die Errichtung einer Arbeiterkammer für unsern Freistaat. Sehr energisch zurückgewiesen wurde die brutale Art, mit der Senator Straß e. J. abgelehnt hatte, auf sozialdemokratische Beschwerden ausreichend zu antworten, die sich auf die Behandlung der Angestellten im Straßenbahnbetriebe beziehen. Schließlich wies unser Redner noch auf die arbeiterfeindlichen Bestrebungen nach größeren Schutz der sogenannten Arbeitswilligen hin, wie sie in Sachsen und Hamburg in die Erscheinung getreten sind. Der lübische Senat sollte diese Wege nicht beschreiten, sondern für den Ausbau des Koalitionsrechts sorgen.

Die Frage des erhöhten Arbeitswilligenlohnes wurde von Herrn A. Pape kurz in zustimmendem Sinne gestreift und dann von Herrn Dr. Wittern sehr lebhaft aber zugleich auch außerordentlich ungeschickt behandelt. Im „Simplissimus“ konnte man dieser Tage folgendes treffende Gedicht lesen:

Im Kriege zwar, den Fürsten führen,  
Erstreckt man jeden Defecteur,  
Und keiner fühlt ein menschlich Mühren,  
Und gibt dem Lumpenhund Gehör.  
Doch wer im Kampf ums Brot den Brüdern  
Heimtückisch in den Rücken fällt,  
Wilt bei den Frommen und den Diebern  
Als Staatsretter und als Held.

Es gehört doch ein recht eigenartiger Geschmack dazu, als freiwilliger Anwalt solcher traurigen Gelben, die ihren im Kampfe ums Brot stehenden Brüdern heimtückisch in den Rücken fallen, öffentlich aufzutreten. Daß ein großer Teil der auf Grund eines schmählischen Klassenwahlrechts gewählten Bürgerchaftsmehrheit ihm zustimmt, wird niemand wundern. Was Dr. Wittern über den Terrorismus der Streikenden und über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat phantasierte, war so lächerlich, daß man glauben konnte, es sei den Wahlreden Kleins entnommen, dessen Helfer Dr. Wittern ja zeitweilig gewesen ist. Vom Genossen Stelling wurde dem unfreiwillig-komischen Lobsänger der Arbeitswilligen, die ja gerade in Lübeck als Komiks hinreichend bekannt sind, wirkungsvoll gebient. Wenn Unternehmer Arbeiter ausperren und durch schwarze Listen auszuheben suchen, dann verlangt niemand von der Bürgerchaftsmehrheit, am wenigsten Dr. Wittern, nach deren Schutz dieser Arbeitswilligen. Eine kleine Reminiszenz an

den Lübecker Bäderstreik von 1904, wo die Bädermeister, welche die Forderungen der Ausständigen bewilligt hatten, durch Kündigung von Hypotheken terrorisiert wurden, erfreute Herrn Dr. Wittern, der seinerzeit Berater der schärfermacherschen Bädermeister war, anscheinend sehr wenig.

Kurz nach 10 Uhr war die Generaldebatte über den Etat erledigt. Der sozialdemokratische Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer wurde gegen eine beträchtliche Minderheit abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag A. Pape, den 28. März Bürgern die Berechtigung zum Wählen in der ersten Klasse zu gewähren. Heute abend beginnt die Spezialberatung.

**Warnung.** Das Medizinmal macht bekannt: In Berlin sind vor wenigen Monaten infolge des Genußes geistiger Getränke, die mit Methylalkohol (Holzgeist) verfälscht waren, zahlreiche Todesfälle und schwere Erkrankungen, die zum Teil mit Erblindung verbunden waren, vorgekommen. Neuerdings wird wiederum von mehrfachen tödlichen Vergiftungen durch methylhaltigen Schnaps berichtet. Versteigerung und Verkauf derartiger mit Methylalkohol versetzter Getränke sind strafbare Handlungen im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes (§ 10 ff.) und des Reichsstrafgesetzbuches. Die Verwässerung wird vor dem Genuß solcher Getränke, die meist durch ihren geringen Preis auffallen werden, dringend gewarnt. Die Verwendung des Methylalkohols und methylhaltiger Präparate (Spirito, Spiritogen, Columbiaspiritus usw.) zur Herstellung von Heilmitteln innerhalb und außerhalb der Apotheken ist bereits durch Bekanntmachung vom 6. Juli 1911 und 8. Januar 1912 verboten. Aber auch zur Herstellung von kosmetischen Mitteln (Haarwasser, Parfüms und dergl.) darf Methylalkohol nicht verwendet werden, weil selbst seine äußere Anwendung zu Gesundheitschädigungen führen kann.

**2000 Postpakete verbrannt.** Bei dem Eisenbahnunfall in Wittenberge sind, wie von der Ober-Postdirektion mitgeteilt wird, ungefähr 2000 Postpakete verbrannt oder vernichtet worden. Die Pakete rührten hauptsächlich aus Hamburg und Schleswig-Holstein her und waren für die Gebiete der Ostbahn, die Provinz Schlesien, Rußland und darüber hinaus, Osterreich-Ungarn und die Balkanländer usw. bestimmt. Die Briefpost ist nicht vernichtet worden. Verzögerungen in der Beförderung der gereinigten Post sind jedoch nicht zu vermeiden gewesen.

**Konferenz des Bundes Hamburg des Holzarbeiterverbandes.** Am 17. und 18. März tagte in Hamburg eine Konferenz des Nordgau des Deutschen Holzarbeiterverbandes, auf der auch Lübeck vertreten war. An ihr nahmen 57 Vertreter von 52 Orten, 7 Mitglieder des Gauvorstandes und Neumann-Berlin vom Hauptvorstand teil. Gauleiter Willers erstattete den Bericht über die letzten beiden Jahre. Sie sind außerordentlich reich an Lohnbewegungen und Kämpfen gewesen, die fast durchweg mit gutem Erfolg für die Kollegen beendet werden konnten. Ein großer Mitgliederzuwachs läßt sich hier nicht mehr erreichen. Die gelernten Arbeiter sind fast alle organisiert, die ungelernen schreift oft noch der verhältnismäßig hohe Beitrag ab. Die Konjunktur war im letzten Jahre sehr gut. Auf den Schiffswerften allein stieg die Zahl der Beschäftigten von 1767 auf 2422, die der Mitglieder von 1247 auf 1887. Durch den letzten großen Kampf sank die Mitgliedschaft in Hamburg von 7601 auf 6318, doch stieg die Gesamtmitgliedszahl des Bundes in den letzten beiden Jahren von 16372 auf 18574. Wenn die Konjunktur sich hält und keine großen Kämpfe dazwischen kommen, dürfte in diesem Jahre eine Mitgliederzahl von 20 000 erreicht werden. Für den Gau wurden von der Hauptkasse ausgegeben 1910 13 531,48 Mk. und 1911 11 789,48 Mk. über den kommenden Verbandstag hielt Neumann-Berlin ein großzügiges Referat, in dem er namentlich die Vertragspolitik des Verbandes behandelte. Es sind eine große Zahl Anträge gestellt, die nach langer Debatte erledigt werden. Abgelehnt werden zwei Anträge auf Erhöhung der Reiseunterstützung. U. a. wird ein Antrag Bremerhaven angenommen: Auf dem nächsten Verbandstag ist eine Kommission zu wählen, die Material zur Schaffung eines Werk- und Hafenarbeiterschutzes im Sinne des Bauarbeiter-schutzgesetzes zu sammeln und es der Generalkommission der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu überreichen hat. Auf dem Verbandstag soll weiter beantragt werden: Diejenigen Zahlstellen, die eigene oder paritätische Arbeitsnachweise unterhalten, sollen zu ihrer Zentralisierung mit einander in Verbindung treten und zweitens: Die bei der Hauptkasse und den Zahlstellen zinstragend anzuliegenden Gelder sind nur bei dem Bankunternehmern der Großkaufmannschaft zu hinterlegen.

**Mond und Saturn.** Denen, die den Saturn noch nicht kennen, bietet sich am Abend des 22. März eine günstige Gelegenheit, ihn leicht und sicher aufzufinden. Sobald es dunkel geworden ist, also nach 7 Uhr, gewahrt man den Planeten als Stern 1. Größe von äußerst rubigem, etwas bleichem Glanze 4 1/2 Grade, also etwa 9 Vollmondbreiten, südlich (links unten) von der zunehmenden Mondichel, mit der er um 7 Uhr Konjunktion hat. Rechts vom Monde stehen die drei hellsten Sterne des „Widders“ und links von ihm der Stern 1. Größe Aldebaran im „Stier“, während noch weiter links die hellen Gestirne des „Orion“ funkeln.

**Wegen Entwendung eines Zeitungsexemplars** wurde eine Frau vom hiesigen Schöffengericht zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte die an der Türschwelle des Nachbarhauses stehende Zeitung sich angeeignet und war dabei beobachtet worden. Die Strafkammer verwarf die gegen das Urteil eingelegte Berufung. Die Frau, welche die ihr zur Last gelegte Straftat entschieden in Abrede stellt, muß wegen einer solchen Lappalie ins Gefängnis. Das kann ändern, die von ihnen nicht abonnierte Zeitungen manchmal auch für herrenloses Gut halten, nur zur Warnung dienen.

**Einem Selbstmordversuch** unternahm gestern abend 9 Uhr in einem Hause der Kleinstwiete ein Seemann. Derselbe kam in verstörtem Zustande in das Haus und bemerkte, daß er einen Revolver bei sich habe, welchen er prahlerisch zeigte. Als die Insassen Schutz vor ihm suchen wollten, degab er sich auf den Hausflur und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. In schwerverletztem Zustande wurde er ins Krankenhaus geschafft.

**Einem großen ästhetischen Erfolg** erzielte gestern im Neuen Stadttheater das Schauspiel „Der Graf von Gleichen“ von Schmidtbonn bei seiner Erstaufführung. Das theatralisch sehr wirkame Stück wurde vortrefflich wiedergegeben. Das stark besuchte Haus konnte sich in Beifallsbezeugungen garricht genug tun. Eine eingehende Besprechung kann in unserem Blatte erst nach der nächsten Aufführung erfolgen, da unser Referent gestern am Besuch der Vorstellung verhindert war.

**Volkschülerkonzert.** Der Reinertrag des vom Lehrergesangsverein veranstalteten Volkschülerkonzerts betrug 209,75 Mk.

**Tabakdiebstahl.** In der Zeit vom 5. Januar bis 18. März sind aus einem unverschlossenen Lagerschuppen eines an der Schützenstraße wohnhaften Speiteurs 5 Mille Zigarren abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Rätte, in der sich die Zigarren befanden, war gezeichnet „R. B. Nr. 1812“.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Nachmittags, abends 8 Uhr, gelangt bei kleinen Preisen die lustige Singspöcke „Robert und Bertram“ zur noch mahligen Aufführung. Im 8. Akt sind wieder Singspöcke, Einlagen der Opern, Mitglieber und eine Ballett-Einlage. — Am Donnerstag, abends 7 Uhr, findet bei gewöhnlichen Opernpreisen ein Gastspiel des Kammerängers Alois Pennarini in seiner Glanzpartie als „Siegfried“ in Richard Wagners gleichnamigem Musikdrama statt.

**Standesamtliche Nachrichten**

vom 10. bis 16. März 1912.

- Geburten.**
- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.  
6. März, Schriftföher F. A. H. Spethmann. 7. Kolonmotorwagen N. Wendlandt. 8. Schuhmann C. F. R. H. W. Pleß. 9. Maschinenföher E. H. Chr. Duabe. Eisenbahnwagenföher H. F. R. Hochschilb. 10. Schmied F. H. W. Frank. Arbeiter E. A. Denzin. Schiffszimmermann Fr. Chr. H. Meyer. 11. Lehrer F. Chr. A. Dose. Arbeiter F. J. H. Burmeister. 12. Metzger E. W. W. A. Günther. 13. Zustellungsbeamter am Polizeiamt A. B. Thümmler. Arbeiter F. F. D. Vogt (Borwerk). Schlachter F. E. Th. Cordts. Straßenbahn-Wagenföher G. H. D. Dunkel. 15. Arbeiter W. F. J. Ahrendt.
- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.  
5. März, Gastwirt R. C. W. Mhr. Arbeiter E. L. H. W. Bauret. 6. Maurer F. H. E. Möller. 7. Kaufmann C. E. J. Ditsen. Fabrikant H. D. G. Frehrs. 8. Arbeiter F. H. W. Kreuzfeldt. 9. Gärtner H. G. W. Beitel. 10. Ober-Inspektor F. G. J. Schmitz. Kaufmann F. J. A. Vaar. Schuhmacher W. W. Beed. Milchverkäufer F. H. Martens. 11. Arbeiter R. R. W. Wolf. Former H. A. L. Först. 12. Arbeiter A. G. H. Havemann. 15. Hausdiener G. E. Reimann.

- Angeordnete Aufgebote.**
11. März, Zimmermann G. H. L. Th. Horstmann und G. R. M. Weige. Handlungshelfer H. J. G. Jacobs und M. J. A. Dreyer. Maschinenföher P. C. Schanze und R. J. B. Kojik. Schloffer H. F. R. Roduit und G. Ch. Nielsen in Hamburg. Arbeiter F. M. W. Johansson und B. A. R. Möller in Teterow. Kaufmann M. M. Lipmann in Braunschweig und H. Jacobson. 12. Ober-Stabsarzt Dr. med. F. H. Niehoff in Parchim und M. J. C. Rauchant. Arbeiter F. J. W. Rath und M. D. Käbler. Schloffer R. F. E. Kober und M. J. A. L. Brandt gen. Meinsburg. Privatmann A. H. D. Madchow in Sarzhwiz und R. A. H. Habermann in Berlin. Freireugehilfe B. J. F. Heger und M. Ch. J. Hirtshen in Plön. 13. Kaufmann H. F. F. Eigenroth in Mölin und M. Broderick. Landgerichts-Assistent E. Th. H. Kirchmann und G. A. A. Albrecht. Postschaffner G. L. W. Reszel und F. J. A. Dehn. Gärtner J. Oberprieler und B. Wank. 14. Gärtner E. H. L. Schme in Nadelnige und B. M. R. Bialefeldt in Schönböden. Maler F. W. Wartenberg in Rakeburg und L. H. E. Jakob. Schloffer C. J. H. Steffen und A. Czjz. Straßenbahnschaffner L. F. H. Grohmann und B. J. S. Horstmann, beide in Kiel. Arbeiter E. F. M. Wulff in Hamburg und G. A. C. Gaette in Dorf Muffin. Glaser O. J. R. Vofsin und A. R. E. Hoppe in Ludwigsfelde. 15. Archivar Dr. phil. J. H. König und G. F. E. Diepold in Weß. Gerbereiarbeiter H. A. Harms und M. E. A. Steinhagen, beide in Neumünster. Freier G. M. Friedrichsen in Schwartau und G. F. A. R. Bied. Bahnarbeiter R. R. F. Buch in Siebenbürgen und A. R. M. Hansemann in Utecht. Maler F. Chr. G. Kroll und A. H. A. Boggenberg, beide in Moising. Arbeiter H. G. F. Dreuchhan und D. A. E. Barthels. Lokomotivheizer G. D. Grimm und D. M. Abel. Lehrer W. H. R. Rahow und A. H. Chr. J. Meyer. Arbeiter J. F. F. Raiths und G. F. W. Körner. Kellner F. D. Hammerich und W. M. M. Möller. 16. Maler B. R. W. Blumenhagen in Hamburg und A. H. Th. Kieße. Arbeiter F. F. W. Busch in Moising und R. E. A. M. L. Petersen. Kunstdrucker A. D. G. Klüssendorf und M. M. Chr. Wittern in Rakeb.

- Scheidelungen.**
12. März, Apotheker R. G. G. Munk in Wittenberge und G. R. L. A. G. Hind. Bautechniker R. D. J. Meyer in Rakeburg und C. M. E. Kieken. 15. Weichensteller F. Chr. Fr. Evers und die geschiedene D. M. E. Holtz geb. Bräuk. Schiffsoffizier F. W. A. Geißelbrecht und A. M. H. Baumann. Arbeiter F. J. W. Möller und die geschiedene R. M. M. Franck geb. Glaffen. Schlachtermeister H. G. J. Mau und A. G. W. F. D. Erbe. Versicherungsinspektor J. H. Stahl und Witwe A. R. H. Möller geb. Franck in Schwartau. 16. Maurer H. C. Hinrichs und die geschiedene M. L. F. E. Schröder geb. Matthiessen. Rat Doktor der Rechte R. C. R. W. Volger und A. M. E. Hach. Vorhändler F. Johannesdotter in Kethwischdorf und A. L. C. M. Paasch. Kaufmann W. W. J. Brey in Hamburg und H. Reuter. Arbeiter G. R. C. Wilken in Arftrade und A. W. Franz.

- Sterbefälle.**
8. März, B. A. A. geb. Ludwig, Witwe des Betriebssekretärs W. Pahl, 73 J. 9. Hauptmann a. D. W. G. L. G. von Hennich, 57 J. (Gut Wüthenhain). Güterlader G. H. L. Mahnte, 67 J. G. F. D. Böker, 7 Mt. M. S. D. geb. Nädler, Ehefrau des Arbeiters W. H. Th. Burmeister, 48 J. Handlungshelfer F. H. Baukian, 28 J. A. J. C. geb. Scheiter, Ehefrau des Bureauvorstehers F. J. G. Hertel, 35 J. 10. W. J. F. Neumann, 5 Mt. Quarantänenarbeiter J. W. B. Lorenz, 43 J. A. Ch. S. geb. Soltendbeck, Ehefrau des Güterbodenarbeiters W. H. H. Abraham, 57 J. A. R. D. Kletbusch genannt Rebin, 65 J. (Borwerk). 11. G. A. F. Brandt, 8 J. G. M. M. Koop, 1 J. G. M. E. geb. Münter, Ehefrau des Arbeiters H. G. R. Mull, vorher verwitwete Steffen, 48 J. 12. F. A. F. Funk, 6 J. (Sierksrade). G. A. A. Schlichting, 1 J. M. F. H. Hennings 21 J. Kaufmann J. H. F. Nagels, 75 J. Arbeiter J. W. Dehm, 33 J. A. G. Johansen, 1 Mt. (Schönböden). 13. A. W. G. geb. Langheim, Witwe des Schuhmachers J. F. Ch. Biegel, 85 J. 15. F. W. R. Gerfen, 5 J. J. L. G. Schnoor, 10 Mt. G. E. M. D. geb. Lange. Witwe des Arbeiters J. Ch. F. Scheel, 73 J. Gymnasiallehrer a. D. F. C. A. Ehrich, 64 J. W. M. geb. Bornhorst, Ehefrau des Konuls A. D. Faber, 50 J. Kutscher J. W. Ch. Paack, 89 J. 15. A. D. G. geb. Haase, Witwe des Fluchföhers J. M. A. Westföling, vorher verm. Stühff, 86 J. 16. M. geb. König, Ehefrau des Arbeiters O. Svensson, 58 J.

**Quittung.**  
Für die Parteikasse gingen als freiwillige Beiträge ein:  
H. L. . . . . . 1.00 Mk.  
D. E. . . . . . 1.00 Mk.  
Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Edwigt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Die bewiesene herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, dem Transportarbeiter-Verband sowie dem Sozialdemokratischen Verein für rege Beteiligung, besonders Herrn Pastor Legtmeyer für seine trostreichen Worte sagen ihren innigsten Dank.  
**Frau A. Dehmel und Familie.**  
 Für die herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes sagen allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Reimbold unsern tiefgefühlten Dank.  
**Johs. Gerken und Frau.**

**Konsumverein**  
 für Lübeck und Umgegend.  
 c. G. m. b. H.

Wegen Erkrankung suchen wir zum sofortigen Antritt für unsere Warenabgabestelle in Gütin eine **Verkäuferin od. Lehrmädchen.**  
 Meldungen nehmen wir entgegen in unserer Warenabgabestelle in Gütin, oder am Kopför Lübeck, Nebenhoffstraße 12.  
**Der Vorstand.**

**Suche einige junge Mädchen**  
 zur gründl. Erlernung der elegant. Damenkleiderei. Lindenstr. 21, I.  
**Ein Junge**  
 der Eltern die Schule verläßt, beim Milchwagen gesucht.  
**P. Rieck, Stöckelsdorf.**  
 Gesucht zu sofort 2 Gehilfen. Zu Ostern 1 Lehrling.  
**Aug. Kruse, Automobil- u. Wagen-Reparatur, Meid. erb. Glockengießerstraße 31, II.**

**Zünftig. Malergehilfen**  
 stellt ein  
**Max Stein, Maler, Gevedesstr. 5.**

**Ein Logis**  
 für einen jungen Mann zu vermieten. Woche 2 50 Mk. Schumacherstr. 16.  
 Zum 1. April eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit Zubehör zu vermieten. Preis 120 Mk.  
**Wolsinger Allee 146.**  
 Zu sofort oder 1. April eine Wohnung, gr. Zimmer mit Küche und Boden. Preis 120 Mk.  
**Rosenstraße 21.**

**Suche gelbkoch. Magnum bonum**  
 100 Pfd. 4.50 Mk., 10 Pfd. 55 Pfg. empf. C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.  
 Eine zweifelh. Sportkatze zu verkaufen. Marienstraße 33, part.

**Ansichtliche, Vertikale, Kleider-schränke, Bettstellen usw. zu verk., eventl. auf Teilzahlung**  
**Breite Straße 33, I.**

**Umständeh. hochm. Schlafzimmer-Einrichtung zu verkaufen.**  
 Preis 170 Mk.  
**Fleischhauerstraße 73, part.**

**Segelboot**, nat. Gehe, sehr stark, für 2-6 Pers., billig zu verkaufen. Näheres Bootvermietungsstelle, Kniekerstr. gegenüber.

**Mehrere 3 L. Kommoden und eine Nähmaschine zu verkaufen, alles neu. R. Feßl, Lüdcher, Kensefeld, Lindenstraße.**

**Eine gut erhaltene Sportkatze ist billig zu verkaufen. Zu besichtigen nach 6 Uhr abends.**  
**Ludwigstraße 82, part. links.**

**Gut erhaltene Glucke, 2 junge Dühner, frühe Pflanzkartoffeln und eine Schneidemaschine zu verkaufen.**  
**Schwartzauer Allee 96.**

**Zwei tragende Ziegen zu sofort zu verkaufen.**  
**W. Freitag, Brandensbaum.**

**Gelegenheitskauf.**  
 Durch Zufall haben wir 1 echt Siden-Schlafzimmer, Kleiderschrank mit großem Spiegel, Badtoilette mit Spiegelglas u. gr. Marmorplatte u. 2 Nachtschränke mit Marmor zu verkaufen. Preis 299 Mk. Netto-Wert 400 Mk. **Markmann & Meyer, Breitestr. 44.**

**Zu kaufen gesucht ein Sofa und ein Kleiderschrank im Preise von 10-15 Mk. Schafkopfsstraße 3a.**

**Für unsere Leser!**  
 Ein hochinteressantes Originalwerk  
**Die französische Revolution**  
 in Wort und Bild.  
 Geschenkbund, elegant gebunden, auf Kunstdruckpapier gedruckt, ca. 250 Original-Bilder mit erläuterndem Text bieten wir unseren Lesern zum Ausnahmepreis von **3.— Mk.** an.  
 Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**



**Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut**  
 Telefon 2186 **Georg Behneck, Warandorpstr. 4**  
 übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Ueberführungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw.  
**Billigste Preise.**  
**Käse-Lager** Schlumacherstr. 12 Große Pöste  
 Tüftler Fettkäse a 20-30 Pfg.  
 Detail-Verkauf auf der Diele.



**In die Brüche**  
 gehen nach und nach Ihre Stiefel, wenn Sie mit terpentinhaltigen Cremes putzen. Nehmen Sie  
**„Ecla“**  
 Ecla greift das Leder nicht an. Ueberall zu haben.

**Gratis wertvolle Prämien.** Prämienverzeichnisse überall umsonst erhältlich.

**Marke Hansa die Vertrauens-Marke**

**HANSA-Backpulver**  
**HANSA-Puddingpulver**  
**HANSA-Vanillinzucker**  
 usw.

**Konfirmations-Karten**  
 empfiehlt die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt von der Dorfstraße bis Ludwigstraße. Abzugeben Ahrens-böcker Straße 7, Stöckelsdorf.

**Für Damenhaar**  
 zahlt hohe Preise.  
**Rieck, Fackenburg Allee 48c.**

**Dießiges großes Geschäft**  
 liefert elegante Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben gegen wöchentl. Ratenzahl. Angebote unter Z 44 an die Exped. d. Bl.

**Alle Obst- und Zierbäume**  
 Rosen und sonstige Gewächse für Hausgärten, Pflanzkartoffeln, Sämereien, blühende Topfpflanzen, wäsche empfiehlt  
**Carl Rohrdantz, Wolsinger Allee 49.**

**Fraktionsbilder**  
 sind augenblicklich vergriffen und erscheinen erst in etwa 10 Tagen wieder. Die Besteller wollen sich noch so lange gedulden.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**

**Weine, Spirituosen u. Liköre**  
 in jeder Preislage empfiehlt  
**J.H. Stooß, Engelsgrube.**

**Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden**  
 Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Fischergr. 52**

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
 25 Marlesgrube 25.

**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**  
**Selbstgefertigte Arbeiten.**  
 Größte Auswahl.  
 Billigste Preise.  
 Weitgehendste Garantie.

**Zimmereinricht. stets vorrätig.**  
 Lieferung frei Haus  
 auf eigenem Möbelwagen.

**: Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt.**  
 Gebe rote Lübecka-Rabattmarken.

**Visitkarten**  
 — H. Elfenbeinkarton —  
 100 Stück von Mk. 1.— an liefert

**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**

**Rechnungs-Formulare**  
 werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

**Achtung Maler!**

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Mittwoch, dem 20. März abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstrasse 50-52  
 Tages-Ordnung:

1. Abstimmung über den Leistungstarif.  
 2. Verschiedenes.  
**Der Vorstand.**

**Konsumverein**  
 für Lübeck und Umgegend.  
 c. G. m. b. H.  
**Achtung!**  
**Mitglieder von Seeretz und Umgegend**  
 Mittwoch, den 20. März 1912 abends 8 1/2 Uhr

**Versammlung**  
 beim Gastwirt E. Cordts.  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht vom Vorstand und Entscheidung über die Lage der zu errichtenden Warenabgabestelle. Nur Mitglieder und deren Frauen haben Zutritt.  
**Der Vorstand.**

**Achtung!**  
 Deutscher Bauarbeiter-Verbd.  
 Die Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 20. März findet nicht statt.  
**Der Zweigvereinsvorstand.**

**Schönböcken Zum Landhaus.**  
**Antritts-Ball**  
 verbunden mit Theater-Aufführung und Gesangsvorträgen  
 am Sonntag, dem 24. März. Hierzu ladet freundlichst ein  
**H. Pfensig.**

**Kalnbergs UNIVERSUM.**  
 Treffpunkt aller fröhlichen Menschen!  
 20 Programmnummern.  
 Beginn abends 8 Uhr.  
 Ende 12 Uhr. Entree 20 Pfg.

**Hansa-Theater.**  
 Dir.: R. Gollbach.  
 Tel. 610. Tel. 610.  
 Ab Sonnabend, den 16. März, täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**Erstklassige Spezialitäten.**  
 u. a.:  
 Jongleure, Dresseure, Akrobaten, Geigenmeister, Balletts, Soubrette.

Sonntag, den 17., 24. und 31. d. M.: Große Fremden- und Familien-Vorstellung bei kleinen Preisen.  
 Auftreten sämtl. Künstler.

Vorverkauf bei Sager, Kohn, und Niemyer, Breite Straße.

**Neues Stadttheater.**  
 Mittwoch, 20. März, Abds. 8 Uhr.  
**Bei kleinen Preisen.**  
**Robert und Bertram**  
 Gesangsstücke von Käfer. Hierzu: Gesangs-Einlagen der Opernmitarbeiter.  
 Ballett-Einlage.

Donnerstag, 21. März, 7 Uhr.  
 Gewöhnliche Opernpreise.  
 Gastspiel des Kgl. Kammerjägers  
**Alois Pennarini**  
 vom Hamburger Stadttheater.  
**Siegfried.**

Musikdrama von R. Wagner. Die auswärtigen Theaterbesucher können die von Lübeck abgehenden Nachtzüge noch bequem erreichen.  
 Ende vor 11 Uhr.

**Stadthallentheater.**  
 Freitag, 22. März, 8 Uhr.  
**Der Maskenball.**  
 Große Oper von G. Verdi. Vorverkauf täglich in den bekanntesten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Roth, Rohlmart 13.



## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 18. März 1912.

Der Wortführer Dr. Gorch eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung steht die

### Beratung des Staatshaushalts für 1912.

(1. Tag.)

Nachdem der Wortführer die Beratungseinteilung mitgeteilt hat, ergreift in der Allgemeinerberatung als erster Redner das Wort

Senator Dr. Fehling, der u. a. bedauernd darauf hinweist, daß leider das Bestreben, in diesem Jahre den 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer fallen zu lassen, nicht von Erfolg begleitet worden sei. Aus der Ausgleichskasse müsse wieder ein Betrag von 400 000 Mk. genommen werden, trotz sorgfältigster Aufstellung des Einnahme- und Ausgabeetat. Für 1913 würden sich die Ausgaben bedeutend mehr, ja man könne mindestens mit einer 1/2-Million weiterer Ausgaben rechnen. Keine neue Ausgabe ohne Deckung müsse in Zukunft mehr denn je den Senat leiten. Die Beamtengehälter betragen 4 600 000 Mk., die angelegene Steuerfahndung sei unvermeidlich gewesen. An den bisherigen Einnahmen müßte unbedingt festgehalten werden, und ganz besonders gelte dies von unsern Betriebsanstalten, die das Rückgrat unseres Voranschlags bildeten. Die neuen Lasten des Reiches seien nicht abzusehen, und weil wir keine abgeschlossene Insel bildeten und auf den Außenkreis angewiesen seien, könnten wir nicht alles auf die Einkommensteuer legen. Eventuell müsse die Grundsteuer mehr herangezogen oder dahin gestrebt werde, aus unseren Betriebsanstalten mehr herauszuwickeln. Im großen und ganzen habe unsere innere Kraft der Finanzen nicht gestritten.

Klein geht auf die Senatsäußerungen ein und bedauert dabei, daß eine Beweglichkeit der Grundsteuer wieder in Aussicht gestellt werde, was eine abermalige Verteuerung der Meien in sich schließen würde. Redner glaubt ferner, daß der Fehlbetrag zu niedrig angegeben sei. Wertzuwachssteuer und Veräußerungsabgaben seien zu günstig eingestellt, die Beträge würden in diesem Jahre kaum erreicht werden. Auch die Erbschaftsteuer habe bis Februar rund 100 000 Mk. weniger eingebracht als im Voranschlag vorgesehen sei. Endlich müßten die Vorlagen der Begrenzung der Hilfszeit und diejenige der Ruhegeldkasse verabschiedet werden. Der Senat habe erklärt, aus den städtischen Betriebsanstalten müsse mehr herausgewirtschaftet werden. Das sei zu bedauern, denn damit würde eine Hoffnung der Lübecker Einwohnerschaft vernichtet, die sich hauptsächlich auf die Ermäßigung der Gas- und Elektrizitätspreise stütze. Vielleicht ließe sich eine staffelmäßige Preiserhöhung einführen. Auch die Gas- und Schankwirtschaften, sowie der Kleinverkauf von Spirituosen warten auf Erleichterung. Dem Senat kann ich darin zustimmen, wenn er den zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer auf Einkommen auch von 1200—2000 Mark legen will. Diese Bürger haben durch die jetzige Art des Wahlrechts geringere Rechte, und da ist es nicht mehr wie recht und billig, ihnen geringere Pflichten aufzuerlegen. Der Zuschlag wirkt bei den teuren Zeiten um so schwerer, je geringer das Einkommen ist. Man sollte die Einkommen über 10 000 Mark höher belasten. Mit Freude ist die Erhöhung der Löhne der Strassenreiniger zu begrüßen, doch wäre eine rückwirkende Erhöhung vom 1. Januar empfehlenswert, um so mehr, als nur alle fünf Jahre eine Gehaltszulage eintritt. Dieser Zeitraum ist zu groß, ein dreijähriger genügend. Redner tritt zum Schluß für eine Erhöhung der Ruhegehälter ein, bemängelt die verschiedene Handhabung beim Neubesehen der Beamtenstellen und stellt die Anfrage, wann die Bürgerschaft eine Vorlage über die Verfassungsänderung zu erwarten habe. Insbesondere sollte die Erweiterung des Bürger- und Wahlrechts auf einen Zeitraum von zwei Jahren herabgesetzt werden. Den Bürgern, die

das Wahlrecht vor dem 15. Dezember 1902 erworben haben, sollte man das erstklassige Wahlrecht übertragen.

Senator Rabe glaubt, durch eine Besserung im Baugewerbe würden sich die Einnahmen wieder erhöhen, deshalb sei der eingesezte Betrag nicht zu hoch angegeben.

Senator Dr. Fehling hätte die von Klein angezogenen Einzelheiten am liebsten nicht angeführt gesehen, dazu wäre die Gelegenheit bei der Spezialberatung besser. Besonders sei auch das Eingehen auf die Ruhegeldkasse, der Gast- und Schankwirtschaftsteuer, das alles noch die Kommissionen beschäftigen. Bei den Beamtenstellen werde stets eine Prüfung verlangt. Bezüglich der zweiten Lesung liege beim Bürgerausschuß eine entsprechende Vorlage. Einer Änderung des Wahlrechts stimme der Senat nicht zu.

Buchwald: Unsere Behörden arbeiten viel zu teuer, es gibt viele Positionen, die sich ermäßigen lassen. Die Senatskanzlei braucht unter 45 000 Mk. Ausgaben allein 29 000 Mark für Druckfachen. Die fünf höheren Schulen erfordern für Heizung, Beleuchtung und Reinigung 50 000 Mk., sämtliche Volksschulen für den gleichen Zweck nur 24 000 Mk. Das Verhältnis ist 10 000 zu 1000 Mk. Wenn halbwegs gespart wird, können mit Leichtigkeit 100 000 Mk. übrig gelassen werden. Aber unsere Behörden sind zu selbständig im Handeln, sie verlieren auch die Übersicht. Leider hat die Bürgerschaft keine Handhabe, den Behörden in ihren Ausgaben etwas vorzuschreiben, weil die einzelnen Positionen fehlen. Redner stellt den Antrag, in dem die Bürgerschaft den Senat ersucht zu prüfen, wie eine Ermäßigung der Ausgaben zu erzielen sei. In kleinen Ausgaben wird viel zu viel weggegeben. Eine Erhöhung verdrängt vor allem das Wasser, in Deutschland liefert keine Stadt so billiges Wasser. Vollständig verkehrt ist eine zu große Erhöhung der Einkommensteuer, durch die viele Einwohner dem Staate und dem Erwerbsebenen verloren gehen. Unserer Bürgerschaft fehlt manchmal die klare Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die im Budget nicht vollständig genug zum Vorschein kommen. Aber alle kleineren Wünsche der einzelnen Bürgerchaftsmitglieder finden ein zu williges Ohr. Sie haben im vorigen Jahre allein unser diesjähriges Budget um 100 000 Mk. belastet. (Zuruf: Sie mit!) Ja, aber auch die Sozialdemokraten. Wir haben 40—45 000 Mk. allein für neue Beamtenstellen ausgegeben, eine 3-Millionen-Anleihe gemacht, von der erst im Laufe der Zeit zwei Millionen verbend im Staatshaushalt wirken. Vor allem muß das Finanzdepartement schärfer unter die Lupe genommen werden. Für Ausgaben von Handel und Industrie bin ich stets zu haben, aber allen sonstigen Forderungen stehe ich kühl bis ans Herz hinan gegenüber.

Dr. Ziehl sieht im vorliegenden Budget das ungünstigste seit Jahr und Tag. Einen so großen Fehlbetrag habe niemand erwartet. Gegen den hergebrachten Brauch habe der Senatskommissar einige erläuternde Worte gesagt. Das sei zu begrüßen. Im übrigen handle man in allen anderen Staaten so. Auch beim Stadtkassenabschluss wäre eine Einleitung angebracht, denn da sei ein so schöner Überschuß herausgerechnet, daß man glauben könne, wir würden wunder wie gut abschließen. Durch die Deckung des Fehlbetrages aus der Ausgleichskasse werde diese nahezu erschöpft. Diese Kasse wollte man früher auf einen eisernen Bestand von 500 000 Mk. bringen. Heute bleiben nur noch 40 000 Mark. Das Budget habe gewaltige Abstriche erfahren, so daß z. B. die Baudeputation kaum mit dem Voranschlag auskomme. Trotzdem sei ein Defizit von 734 000 Mk. vorhanden. Würde man genau rechnen, komme ein Fehlbetrag von 1 640 000 Mk. heraus, was bei einem Gesamthaushalt von 16 800 000 Mark 10 Prozent ausmache. Das Finanzdepartement habe das Budget um 906 000 Mk. verbessert. Der Versuch sei wohl anerkennenswert, zu einem glücklichen Ende führe er jedoch nicht. Trotz den immer neu bewilligten Steuern ein Fehlbetrag von 740 000 Mark! Hätten wir keine Reservekasse gehabt, müßte heute ein Steuerzuschlag von 24 Proz. bezahlt werden. Redner geht des weiteren auf das in Aussicht genommene neue Steuergesetz ein, das beweglich und nach fünf resp. sechs Einheiten eingeteilt werden soll. Hätten

wir dieses Gesetz heute schon, würde es gleich im ersten Jahre den Anforderungen nicht genügt haben. Das wäre doch eine arge Bloßstellung der Lübecker Finanzpolitik gewesen. Schon die gemeinsame Kommission gab dieser Meinung Ausdruck. Eine noch stärkere steuerliche Heranziehung würde den Zuweg von Lübeck vollkommen unterbinden und den Abgang fördern. Der Bürgerausschuß müsse bei allen seinen Beratungen mehr das Finanzielle in Betracht ziehen, er bewillige bis jetzt immer darauf los. Das bisherige Verschleppen der fortwährend zurückgestellten Ausgaben auf die nächsten Jahre führe zu keinem guten Schluß. Einen merkwürdigen Gegenstoß bilden die heutigen Sparmaßnahmen gegenüber denjenigen über die Vorlage bei der Oberrealschule und bei der Anleihevorlage. Redner weist ferner auf seine früheren Ausführungen hin, die jetzt erst bei der Budgetberatung und nach der Rede des Senators Fehling Beweiskraft erhielten. Würde der Herr Senator damals so wie heute geredet haben, wäre die Oberrealschule nicht bewilligt worden. Lübecks Lage gegenüber anderen Seestädten werde so immer schwieriger, die Kaufleute hätten schwer zu kämpfen und deshalb dürfe man durch Überspannung der Einkommensteuer die Sachlage nicht noch mehr erschweren. Ganz ungewohnt in Parlamenten sei der Vorschlag Kleins, der sich über die Steigerung der Einnahmen geäußert habe. In Parlamenten beschäufte man sich mit den Ausgaben und nur in außergewöhnlichen mit einer Einnahmesteigerung. Bei der Festlegung der Einkommensteuer könne man sich nicht auf Preußen berufen. Denn dort ziehe eine Abwanderung von der einen in eine andere Stadt für den Staat keinen Steuerverlust nach sich, bei uns als kleiner Staat aber sei der Verlust feststehend. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen die Erhöhung der Wassergebühre, die dann zu einer Verbrauchssteuer führen würde. Mit dem Antrag über die zweite Lesung sei eine wahre Trübseligkeit vorhanden, so daß er nicht den Mut habe, einen Antrag für die Einsetzung einer ständigen Budgetkommission zu stellen. Vor allem müßten aber die verantwortlichen Personen mehr für ihr Tun Rechenschaft ablegen. (Beifall b. d. Mehrheit.)

Senator Dr. Fehling ist mit vielem einverstanden, was der Vorredner ausgesprochen hat, erhebt jedoch Widerspruch gegen Dr. Ziehls Auffassung über das Zustandekommen des Budgets, das äußerst sorgfältig aufgestellt worden sei. Eine große Reihe von Projekten der Baudeputation sei vom Senat mit deren Einverständnis zurückgestellt worden. Die letzte gemeinsame Kommission habe nicht im entferntesten daran gedacht, daß die Erhöhung der Beamtengehälter eine so überraschend große sein werde. Die Anträge des Herrn Buchwalds sind auch dem Senat sympathisch; wir wollen im Kleinen zu sparen anfangen, dabei müssen vor allem auch die bürgerlichen Deputierten mitwirken. Das Finanzdepartement prüft alle Ausgaben sorgfältig, eine besondere Budgetkommission wird nicht mehr leisten können. Ob unsere Finanzwirtschaft in den letzten 12 Jahren richtig ist oder nicht, wird die Bürgerschaft nächsten selbst entscheiden können. Alle Ausgaben sind in den letzten 12 Jahren zu 75 Proz. für Handel, Gewerbe und Industrie aufgewendet worden, wodurch unsere wirtschaftliche Lage gehoben wurde.

Stellung: Es ist erfreulich, daß in so offener Weise über die Finanzen unseres Staatswesens gesprochen wurde, schon aus dem Grunde, weil uns dadurch Gelegenheit gegeben wird, uns in diese Sache zu vertiefen. Manches von dem, was von uns früher angeführt worden ist, findet vielleicht ein geneigtes Ohr. Ich bin aber pessimistisch, glaube nicht an das hohe Lied vom Sparen. Seit Jahren wird es gesungen, getichtet hat man sich aber nicht darnach. Mancher hat heute vom Sparen gesprochen, sonst aber jedem Senatsantrag ohne weiteres zugestimmt. Ich hoffe, daß die heute gefallenen Worte endlich beherzigt werden. Es wurde heute abend in ausführlicher Weise auf unsere unglückliche Finanzlage hingewiesen und ich unterbreite vieles von dem, was hier ausgedrückt worden ist. Ohne Wiederholungen zu machen, will ich nur eins sagen: Es liegt klar zutage, daß unsere Finanzpolitik zu immer neuen Anleihen führt, ohne daß wir imstande sind, die alten so zu decken, wie es vom

## Der Wildzieh.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(11. Fortsetzung.)

Am nächsten Morgen war er aus Hollenbeck verschwunden. Eine Stunde vor Tag schon hielt der leichte Wagen, der ihn nach der Stadt bringen sollte, vor dem roten Tor. Sein Gepäck hatte er schon vorausgeschickt. Von der Stadt weiter ging er dann mit der Eisenbahn nach Bremen oder Hamburg oder England. Niemand wußte genauer wohin — niemand kümmerte sich auch viel darum, denn Kerdelmann hatte sich in Hollenbeck, obgleich er gegen alle freundlich war, doch nicht einen einzigen wirklichen Freund erworben. Sein zurückhaltendes, verschlossenes Wesen stieß jeden ab, der sich ihm herztlich hätte nähern wollen, und eigentlich gönnte man es ihm, daß er von der „Kronen-Margaret“ den Kerb bekommen hatte und ihm damit der fernere Aufenthalt im Orte verleidet worden war.

Der Wagen aber, der den bisherigen Hirschenwirt in die Stadt fahren sollte, hatte nicht den nächsten Weg dorthin eingeschlagen. Er bog draußen im Felde rechts ab und zwar nach Herzlingen hinauf. Durch Herzlingen fuhr er durch und erst eine Viertelstunde davon, dort wo das kleine vereinzelte Häuschen stand, ließ Kerdelmann halten und stieg aus. — Es war das Häuschen des früheren Kreisjägers Schöffel. Es mochte acht Uhr morgens sein und die arme Frau saß eben mit ihren beiden Kindern bei der dürftigen Morgenkuppe. Als der Wagen vor dem Hause hielt, erschraf sie, daß ihr der Köffel aus der Hand fiel. Erwartete sie doch nichts anderes, als wieder einen Herrn vom Gericht, mit bitteren Worten und neuen Vorladungen oder gar — die Glieber flohen ihr ordentlich am Leib — mit der Anzeige von der Verurteilung ihres Mannes.

Den Wirt kannte sie nur dem Namen nach; sie hatte ihn nie vorher gesehen. Kerdelmann nannte sich ihr auch nicht. In ihren bleichen, angstgefüllten Zügen mochte er aber wohl merken, was sie fürchtete, denn er sagte rasch:

„Habt keine Sorge, liebe Frau; ich bringe Euch keine schlechte Nachricht und möchte Euch vielmehr eine Freundschaft erweisen — Euch wenigstens einen Vorschlag machen, den Ihr vielleicht annehmbar findet.“

„Ach Du mein lieber Gott“, sagte die Frau mit einem aus tiefster Brust herausgeholtten Seufzer — „es ist eine lange, lange Zeit her, bester Herr, daß etwas Gutes über

diese Schwelme gekommen wäre. Not und Herzeleid aber sind wir gewohnt — das sind tägliche Gäste.“

„Ich weiß alles, liebe Frau“, sagte Kerdelmann, dem daran lag, jedes Gespräch über das Vorgefallene abzuschneiden — „deshalb komme ich eben her, Euch eine Hilfe anzubieten.“

„Uns? eine Hilfe?“ stöhnte die Frau, langsam den Kopf schüttelnd — „was kann uns helfen? Der Vater sitzt im Gefängnis, der arme Mann — unschuldig, so wahr da oben ein Gott im Himmel lebt, und ich kann nur mit den armen Wärmern da ins Wasser springen — sie zu ernähren bin ich doch nicht imstande.“

„Habt Ihr hier Feld bei Euren Haus?“ fragte der Wirt nach einer kleinen, aber für ihn entsetzlich beklemmenden Pause.

„Feld? — nein“, erwiderte die Frau, sich mit der Schürze die Tränen abtrocknend — und wenn wir's auch hätten, das Grundstück gehört nicht uns, und übermorgen müssen wir ausziehen — Gott allein weiß wohin.“

„Das hatte ich eben gehört“, sagte Kerdelmann, „und deshalb komme ich her. Ich selber habe bei jetzt in Hollenbeck gewohnt, verreise aber auf längere Zeit und besthe dort unten noch anderthalb Acker Land und ein kleines, aber für Euch doch wohl genügendes Häuschen. Das möcht ich Euch gern für einen mäßigen Pacht überlassen.“

„Du lieber Gott“, sagte die Frau, „ich habe keinen Kreuzer mehr im Haus, uns für diesen gesegneten Tag Brot zu kaufen; wie sollte ich imstande sein, irgend einen Pacht zu zahlen, und wenn er noch so billig wäre.“

„Das läßt sich doch wohl ordnen“, bemerkte der Fremde. „Wahrscheinlich bleibe ich längere Zeit weg und mir legt mehr daran, das Grundstück im Stand zu halten, als andern Nutzen daraus zu ziehen. Schafft nur getrost Eure Habe hinunter. Für dieses Jahr sind die Steuern darauf bezahlt und erlasse ich Euch den Pacht ganz. Später verlange ich — nun das wird sich finden, wenn ich von meiner Reise zurückkomme. — Seid Ihr's zufrieden?“

Die Frau horchte hoch auf, sie konnte sich nicht denken, daß ihr so gutes geboten würde. „Und was wäre sonst noch zu tun?“ fragte sie schüchtern.

„Nichts, als was ich Euch eben gesagt habe“, erwiderte Kerdelmann. „Nichts als Euch einzuziehen, das Grundstück in Besitz zu nehmen — hier sind die nötigen Papiere, die man Euch etwa abfordern kann. Mit der Pachtzahlung

markt Ihr, bis ich selber danach komme, was vor drei Jahren keinesfalls geschieht.“

„Aber wie kommen Sie dazu, mit und den armen Kindern da so viel Gutes zu erweisen?“ stotterte die Frau, die sich noch immer nicht von ihrem Erstaunen erholen konnte. „Wie heißen Sie und wer sind Sie?“

„Das findet sich alles in den Papieren“, beschwichtigte der Mann, indem er sich der Tür zuwendete. Es wurde ihm so schweiß in dem kleinen, niedrigen Zimmer, daß er glaubte, die Decke erdrücke ihn noch.

„Aber ich begreife nicht“, versetzte die Frau und begann die Dokumente zu entfallen. „Es ist mir, als träumte ich nur.“

„Lebt wohl!“ sagte der Fremde und verließ rasch das Haus. Vor der Tür hielt sein Wagen und er sprang hinein.

Die Frau hatte in dessen mit zitternden Händen in den Papieren geblättert, es schwam ihr alles vor den Augen und sie konnte die grobe deutliche Schrift kaum lesen. Da fiel ihr Blick auf den Namen.

„Jesus, Maria und Joseph!“ schrie sie auf, „Ihr seid es, der Hirschenwirt!“

Der Mann hatte sich in die Ecke des Wagens geworfen, und der Kutscher hieb in die Pferde hinein, die jach mit ihm den Gang hinunter trabten.

### IX.

Weit drüben über der See, im amerikanischen Lande, in der reichen Niederlassung des Mississippi, die der „American Bottom“ heißt, lag eine freundliche, von einem Deutschen bewirtschaftete Farm.

Sonst ging es hier gar geschäftig zu, denn der Eigentümer besaß ein treffliches Grundstück mit vielen Kühen und Pferden, und als er vor sieben Jahren einzog und ein Jahr später die reizende Tochter eines eingeborenen Nachbarn heimführte, waren Feste auf Feste in dem geräumigen, wohllich eingerichteten Backsteinhaus gefeiert worden.

Heute hatten sich hier wieder viele Leute versammelt, aber, wie es schien, zu keinem Fest. Die Männer standen schweigend in kleinen Gruppen vor der Tür, in der manchmal Frauen mit verweinten Augen erschienen, und eine halbe Stunde später trug man einen Sarg hinaus, dem sich die Versammelten angeschlossen und ihn auf den kleinen, nicht sehr fernem Gottesacker begleiteten.



Standpunkt des Finanzpolitikers notwendig ist. Wollen wir eine gesunde Finanzpolitik, dann müssen wir darnach streben, daß die öffentlichen Kreise, die dazu imstande sind, etwas mehr als bisher leisten. Heute abend wurde zwar darauf hingewiesen, die Leute mit höherem Einkommen würden bei Mehrbelastung fortziehen. Ich weise jedoch auf unsere nähere Umgebung, das Fürstentum Lübeck, Breußen hin, sie alle haben zugiglich der Gemeindefürsorge höhere Steuern als hier erhoben werden. Dadurch wird der Gedanke, die Leute würden in die nähere Umgebung ziehen, höchstwahrscheinlich noch Hamburg in Betracht, doch auch dies nicht in dem befürchteten Maße, denn mancher Hierwohnende tauscht schon deswegen nicht mit Hamburg, weil die gesundheitlichen Verhältnisse hier besser sind. Bestätigt er noch etwas Lokalpatriotismus, wird er gern erbtlich sein, mehr als bisher zu den Staatslasten beizutragen. Die Politik von Herrn Buchwald und andern ist nicht zu empfehlen. Die Erhöhung des Wasserpreises ist ein Kapitalmittel, das die weite Kreise belastet und zu keinem gesunden Ziele führt. Aber die Deckung des Fehlbeitrages wurde gesprochen, dazu nur wenig Worte. Es freut mich, daß Herr Klein heute abend mal liberale Anwandlungen gehabt hat. Er vertrat einen Standpunkt bezüglich der Erhebung des Zuschlages, den wir schon seit mehreren Jahren zum Ausdruck gebracht haben, auch in Form von Anträgen. Die Bürgerchaft hat sie nicht angenommen und ich wünsche Herrn Klein im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung mehr Glück als wir gehabt haben. Vielleicht richtet sich die Bürgerchaft darnach, von wem der Antrag ausgeht und stimmt ihm deshalb zu. Klein hat, wie ich klargestellt, den durchaus richtigen Standpunkt vertreten, daß man den Bürgern, die unter 2000 Mk. versteuern — denen man also Rechte genommen hat — auch entgegenkommen muß, wenn es sich um Pflichten handelt. Herr Klein führte auch das Wahlrecht an. Ich will gleich zu Ihrer Berührung bemerken, daß wir keinen Antrag dazu stellen, Klein würde sonst in die Verlegenheit kommen, dagegen stimmen zu müssen. Soweit es sich um den Kleinschen Antrag bezüglich der Herabsetzung der Aufenthaltsdauer handelt, wurde er vom Senat abgelehnt. Wenn Sie konsequent sein wollen, dann sagen Sie doch klipp und klar, wir wollen das Klassenwahlrecht und damit ein Unrecht beseitigen. Unhaltbar ist auch der Umstand, daß auf dem Lande die vierklassigen Wähler nur alle sechs Jahre ihr Wahlrecht ausüben dürfen! Wie gesagt, wir freuen uns, wenn der Kleinsche Antrag angenommen wird. Geschehen muß auch etwas zur Sicherung des Wahlgeheimnisses in Lübeck, die letzte Wahl hat diese Notwendigkeit dringender ergeben. Wir werden deshalb an den Senat das Gesuchen richten, Wahlzellen und Kuverts einzuführen wie bei der Reichstagswahl. Weiter werden wir die Einführung der Sonntagswahlen beantragen, die nicht nur im Interesse der Landbewohner liegen, sondern auch derjenigen Bürger in der Stadt, die auswärts arbeiten, damit sie ihre Pflicht erfüllen können. Deren Zahl ist weitläufiger als angenommen wird. Auf dem Hochofenwerk schießt man bekanntlich die einheimischen Arbeiter aus. Auch im dortigen Hafensbetrieb zieht man jetzt Fremde heran. Darüber darf man sich zwar kaum wundern, nachdem selbst Lübecker Behörden in auswärtigen Blättern, z. B. im „Kollender Anzeiger“, Straßenbahnkassener luchen. (Zuruf: Hör, hör!) Von Seiten des Staates müssen die Einheimischen doch in erster Linie berücksichtigt werden, von ihnen verlangt man doch die Steuern. Wir können gewiß auch den Auswärtigen gern Arbeit, aber uns liegt das Gemd näher als der Koch, deshalb muß den Einheimischen nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit gegeben werden. Solche Zustände sind nur möglich, weil die maßgebende Behörde sich nicht genügend um die Arbeiterverhältnisse kümmert oder kümmern kann. Wir müssen hier deshalb eine Institution für die Arbeiter schaffen, wie sie in allen einschlägigen Berufen: in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft schon besteht. Wir brauchen eine Arbeiterkammer. Dann würde nach mancher Richtung hin der Arbeiterchaft mehr Rechnung getragen. Glauben Sie nicht, die Arbeiter von dem Vergleich mit den übrigen Berufen ausschließen zu können, denn der Arbeiterstand ist es doch hauptsächlich, der die Werte schaffen muß. Der Arbeiterkammer würde die Aufgabe zufallen, die Arbeiterschaft betreffende Wünsche und Anträge zu beraten und der Behörde in Arbeiterfragen zur Seite zu stehen. Sie müßte auch Jahresberichte verarbeiten, die dann sicher früher herauskommen, als es jetzt seitens der Behörde der Fall ist. Die Arbeiterkammer könnte oft im Interesse der Arbeiter gutachtlich gehört werden, sie könnte ferner alle sozialpolitischen Angelegenheiten behandeln, in Verkehrs- und Wohnungsfragen ein ernstes Wort mitreden. Gerade auf dem Lande müssen die elenden Zustände im Wohnungswesen endlich einmal verschwinden. (Lachen b. d. Bürger!) Manchmal sind die Schweinefäße besser als

Nicht hinter dem Satz ging ein Mann, ein kleines, etwa vierjähriges Mädchen an der Hand; aber in seinen totenbleichen gramgefurchten Zügen lag mehr als Schmerz. Still und schweigend, die Lippen fest aneinander geschlossen, hielt er vor sich nieder auf dem Boden, umschloß er mit seiner Rechten das Händchen des Kindes, das neben ihm hinging und neugierig bald zu dem Vater, bald zu dem Sarge hinan; bald zurück nach dem hinterdrein Kommenden schaute.

Der Zug hatte den Gottesacker erreicht und nachdem der Sarg am Rande des Grabes niedergelegt war, hielt der Geistliche eine lange Rede. Die Männer umringten ihn mit abgenommenen Hüten und dicht vorüber rauschte zu deren Füßen der mächtige Strom seine dunkeln gelben Wellen dem Meere zu, flüsterte neben ihnen das Laub an den Zweigen und zwitscherten die munteren Vögel in den Ästen. Das alles glitt lautlos an dem Ohr des einen vorüber. Sein Blick haftete wohl an dem schwarzen Sarg, der die Leiche seines lieben Weibes aufgenommen hatte, aber sein Geist schweifte weit, weitab über das Meer hinüber in ein fernes Land.

— Nacht war es dort — nur der Mond stand am Himmel und warf seinen bleichen Strahl durch die blätterleeren Zweige des Herbstwaldes. — Totenstille herrschte umher, nur dort drüben auf dem offenen Schlag äste ein Rubel Wild und kam näher heran zu dem Platz, wo der verdeckte Schütz, das gespannte Gewehr fest in der Faust, des Wildes harrend, lag. — Jetzt dröhnte der Schuß durch den stillen Wald, und bei wie das Rubel dort hinausprasselte, durch trockenes Laub und Reisig hin und nur das eine Stück, zum Tode getroffen von der Kugel, zurückbleib, taumelte und dann in den eigenen Fährten zusammenbrach. — Und jetzt? — Niemand sah den Wilderer, der lauernd seine Zeit im Dickicht abwartete, dann leise und vorsichtig herbeischlich und mit grümler Freude das schwere Stück mit einem Aufschrei auf den Boden lud. Jetzt hat er die schützende Dichtung damit erreicht — noch wenige Schritte, und die düstern Schatten der Fiefernäbische decken ihren Schirm um ihn, da —

„Halt!“ donnerte die Stimme des Priesters in sein Ohr, und mit dem Worte „Heils!“ sank der Mann zerbrochen, allerd in die Knie und barg das bleiche Antlitz in den knirschend sich darüber kräuselnden Fingern.

(Fortsetzung folgt.)

die Arbeiterwohnungen, auf das Reich können wir uns nicht verlassen. Das Reichsgesetz kommt sobald nicht und der Arbeiterkammergesetz wurde vom früheren Reichstag nicht erledigt, er ist auch jetzt nicht mehr angefüllt worden. Weil vom Reich ein Gesetz kommen nicht zu hoffen ist, müssen die Einzelstaaten pflichtgemäß eingreifen. Die Kosten hierfür sind nur gering, und wenn man an Ausgaben sparen will, kann bei Regatten und andern Sachen gespart werden. Man hätte ja auch nicht nötig gehabt, die Grundbesitzer bei Beratung des Viehseuchengesetzes über die vom Reiche festgelegte Pflicht hinaus zu berücksichtigen. Wenn den Herren gegeben werden kann, haben auch die Arbeiter ein Recht darauf, ihre berechtigenden Ansprüche erfüllt zu sehen. Bei der Wohnungspflege, Armenpflege und bei sämtlichen Behörden hat man die Arbeiter als Deputierte ausgeschlossen. Und wird einmal ein Arbeiter in den Gemeindevorstand gewählt wie in Wolsling, dann wird er von oben herab nicht befragt. Sie sagen: ja, wir wollen nicht die Arbeiter treffen, sondern die Sozialdemokratie. Sie treffen aber doch den Arbeiter, stempeln ihn zum Bürger zweiter Klasse, weil auch er eine politische Meinung hat. Vor nicht langer Zeit war eine Differenz zwischen einem Senator und mir. Der Senator als Vorsitzender der Behörde war nach meiner Meinung verpflichtet, Rede und Antwort zu stehen, er erklärte jedoch, auf meine Beschwerden nicht mehr oder nur kurz eingehen zu wollen. Dieser Standpunkt ist durchaus verkehrt, denn es handelt sich um Fragen von Arbeitern und Angestellten, die bezahlt und belohnt werden aus der Staatskasse und da hat die Bürgerchaft ein Recht, mitzubestimmen und mitzuberaten. Aber die Wünsche der Leute werden mit einer Handbewegung abgetan. Ich habe in scharfer Weise zum Ausdruck gebracht, was mir als Bürgerchaftsmitglied zu verlangen haben und verlangen müssen. Das Vorgehen des Senats ist eine Mißachtung, gegen die wir auch heute noch mit allem Nachdruck protestieren. Wir haben doch bei allen die Beamten betreffenden Fragen mitzubestimmen und beantragen dieses Recht auch bei Arbeiterfragen. Es wäre besser, wenn man sich auf jener Seite mehr um Arbeiterfragen bekümmerte als um die Gründung eines Landesverbandes Jung-Deutschlands, wo Behörden und Senat Gevatter standen. Jeder kann sich nach Belieben betätigen, doch sollte sich eine Behörde hüten, in solchen Fällen mitzumischen. Es ist nicht richtig, wenn die Spitzen der Behörden hierbei Reden halten. Hier handelt es sich nicht um wirkliche Jugendpflege, sondern um die Schaffung einer Organisation, die mehr oder weniger militärische Ziele erstrebt. Kriegsspieler aber wirkt verrohend. (Widerspruch!) Wirkliche Jugendpflege finden Sie jedoch bei uns (Lachen), ja, Lachen Sie nur, es ist Tatsache, das beweisen wir durch unsere Tätigkeit. Man muß bei diesem Jugendbund vorsichtig sein, denn den Aufruf hat ein Herr unterzeichnet, der beim Streikbrecherkrawall in der Beckergrube bedauert hat, daß nicht einige Streikende von den Kugeln der Arbeitswilligen getroffen wurden. Das ist der richtige Miteingehender der Jugend. Es ist heute ja Mode, in sogenanntem Arbeitswilligen zu machen, in Hamburg und Sachsen sind entsprechende Resolutionen angenommen worden, um beim Bundesrat auf einen erhöhten Arbeitswilligen hinzuwirken. Wir in Lübeck haben genug trübe Erfahrungen mit den Arbeitswilligen gemacht (Zuruf b. d. Soz.: Sehr richtig!), sie kosteten uns viel Geld durch die polizeiliche Überwachung und jetzt müssen wir sie ihrer Straftaten wegen noch auf Staatskosten unterhalten. Sie müssen sich wohl überlegen, diesen Weg zu beschreiten, ich erwarte, daß der Senat ihn nicht betritt. Wir sind der Meinung, daß nach dieser Richtung hin keine Beschränkung, sondern ein Ausbau des Koalitionsrechtes zu erfolgen hat. Die Bürgerchaft muß mehr als bisher bestrebt sein, auch der Arbeiterschaft Sympathie entgegenzubringen und dafür sorgen, daß der Arbeiter nicht als Parasit, sondern als vollberechtigter Bürger angesehen wird. (Lebhaft. Beifall bei den Sozialdemokr.)

Senator Dr. Fehling nimmt Senator Straß in Schutz gegenüber den Ausführungen des Vorredners. Herr Stelling sei von der Aufgabe des Senatskommissars nicht genau unterrichtet. Der Senatskommissar habe nicht die Pflicht, auf jede Kritik einzugehen, insbesondere dann nicht, wenn es sich um systematische Gehe handle.

G. Keimpeil wendet sich gegen Dr. Ziehl.

Babendererde weist auf das Mißverhältnis zwischen dem Anwachsen der Einwohnerchaft und den Beamtenlasten hin. In den letzten 12 Jahren sei die Bevölkerung um 20 Prozent, die Ausgaben für die verschiedenen Bureaus um 300 Proz. gewachsen, voran stehe das Polizeiamt. Herr Stelling übersehe bei seinem Einwand gegen die Regatta-Ausgaben völlig die Einnahmen, die dem Handels- und Gewerbebestand erwachsen. Eine Beunruhigung werde ständig in das Wirtschaftsgewerbe getragen, das einen schweren Stand habe. Die Wirtel könnten die neuen Konzeptionen kaum aufbringen, und der Gewerbebestand verliere Unsummen bei dem fortwährenden Wechsel. Alle in den letzten Jahren geschaffenen Konzeptionen seien überflüssig, denn keine einzige sei existenzfähig, sogar alte, längst bestandene Betriebe könnten sich nur schwer halten. Alle möglichen Betriebe würden unterflügt, derweil das Wirtschaftswesen lahmgelegt werde. Im Wirtschaftsgewerbe seien in den letzten vier Jahren 800 000 Mk. Hypothekengeldern verloren gegangen und mindestens die doppelte Summe an bezogenen Waren. Im Lübecker Wirtschaftsgewerbe seien 25 Millionen Mark Kapital investiert, und deshalb sei es nur gerecht, wenn diesem Stande geholfen würde.

Senator Dr. Neumann verweist den Vorredner auf den Kommissionsbericht und geht auf die Bedürfnisfrage ein. In der Mitte der achtziger Jahre kam bei 55 000 Einwohnern auf je 167 Einwohner eine Wirtschaft, 1900 bei 82 000 Einwohnern und 63 Gast- und 265 Schankwirtschaften auf 285 Einwohner eine Wirtschaft, 1911 bei 98 000 Einwohnern und 63 Gast- und 246 Schankwirtschaften auf 316 Einwohner eine Wirtschaft. Abgelehnt wurden seit dem Jahre 1906 in der Stadt 77 und in Travemünde und auf dem Lande 16 Gehe.

Aug. Pape: Würden wir uns im preussischen Herrnhause befinden, wäre sicher der Ruf nach dem starken Mann verlaubar geworden. Ich habe mich seinerzeit über die Ausführungen des Herrn Dr. Schlomer gewundert, nach denen in unsern städtischen Betrieben nicht einmal eigener Koks verwendet wird. Diese Frage muß doch endlich einmal geprüft werden. Der größte Fehler unserer Politik liegt an der mangelnden zweiten Lesung. Redner erinnert ferner an die letzte Abstimmung über die Erntestrußensule, bei der er aus Prinzip sitzen geblieben sei, weil bei der Anruhe kein Mensch wußte, um was es sich handelte. Wir hätten durch die Gehalts erhöhungen wohl zufriedene Beamte geschaffen, aber wichtig sei auch, einmal die Bürger zufriedener zu stellen. Entschieden wendet Pape sich gegen die von Buchwald angeregte Verteuerung des Wassers und tritt für Verbilligung des Gas- und Elektrizitätspreises mit rückwirkender Kraft ein. Auch eine Änderung des Wahlrechtes ist nötig, wenigstens muß denjenigen, die ihr Bürgerrecht bezahlen mußten, solches Recht gewährt werden. Ein Arbeiterkammer stimmt Redner gleichfalls zu, die Gehe für den Arbeitswilligen schütz hält er für ausreichend und notwendig.

Senator Gwers weist auf die baldige Einbringung einer Vorlage über Gas- und Elektrizitätspreise hin. Stelling stellt seine vorherige Äußerung über den Vizepräsidenten richtig, der nicht den Jugendbund, sondern den Wehrereinschutz unterzeichnet habe. Gewundert habe ich mich über Herrn Papes Eintreten für Arbeitswilligen schütz. Gewiß sind auch wir dafür, daß keine Gewalttätigkeiten vorkommen, aber was im allgemeinen als Arbeitswilligen schütz aufgefaßt wird, ist nicht was wir darunter verstehen. Ich will nur auf das in Lübeck in dieser Beziehung Erlebte hinweisen. Dieser Schütz übertrifft alles Dagewesene. In Lohnkämpfen darf nicht eingegriffen werden, und wir verlangen von der Behörde, daß sie die Lohnkämpfe aussechten läßt. Der Herr Senator führte dann auch an, daß der Senatskommissar keine Verpflichtung zur Rede und Antwort habe. Herr Senator Dr. Neumann leitete jedoch eben seine Ausführungen damit ein, daß er nur auf den Teil eingehe, auf welchen er zu antworten sich verpflichtet fühle. Die beste Weise, in welcher mit dem Senator Straß antwortet, ist nicht richtig, und das habe ich kritisiert. Aber die systematische Gehe kann man verfeinerter Meinung sein, nach der Auffassung mancher Herren ist alles, was von uns kommt, systematische Gehe. Es kommt uns vor allem darauf an, daß Mißstände abgestellt werden, Mißstände, die andere Herren auch kennen, die aber den Mut nicht finden, sie vorzutragen. Wir bringen sie vor, selbst wenn Sie uns dieses Recht beschneiden wollen.

Pape und Babendererde sprechen wiederholt zugunsten des darniederliegenden Wirtschaftsgewebes. Es sei vorgekommen, daß man Konzeptionen direkt neben bestehenden Wirtschaftsbetrieben erteilt habe.

Dr. Wittern wendet sich gegen Stelling. Seine ihm (Stelling) nahestehende Partei habe großen Einfluß, die Arbeitswilligen vor Belästigung, Bedrohung und Gewalt zu schützen. So lange das nicht geschehe, müsse der Staat eingreifen. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehe kein Kampf, der bestehe nur zwischen den Streikenden und den arbeitswilligen Arbeitnehmern. Solange die geistigen Waffen nicht ausreichen, müsse die Staatsgewalt herangezogen werden. Im Zukunftsstaat sei freilich um deswillen kein besonderer Arbeitswilligen schütz notwendig, weil dann die Arbeitswilligen nicht mehr riskieren könnten, gegen die Macht aufzutreten. Die Sozialdemokratie würde dann eben die persönliche Freiheit so vernichten, daß der einzelne nicht mehr in die Lage komme, zu opponieren. Die persönliche Freiheit müsse geschützt werden, so lange der Gegenwartsstaat bestehe. Der Staat müsse mit allen Mitteln jeden schützen, der arbeiten und seine Angehörigen ernähren wolle.

Senator Dr. Neumann verteidigt die behördliche Statistik und hebt hervor, daß die Behörde sich nicht um jeden einzelnen hier vorgetragenen Fall kümmern könne. Abgesehen sei für die beantragte Konzeption die Errichtung der neuen Straßenbahnlinie maßgebend gewesen.

Stelling: Es berührt mich sonderbar, daß sich hier Dr. Wittern als Anwalt der Arbeitswilligen aufspielt. Vielleicht rührt dieses mit daher, weil Dr. Wittern mit Klein im Wahlkampf herumgereist ist. Als Vertreter der vierten Klasse erklärt er den Arbeitswilligen schütz für notwendig und nimmt Bezug auf die Gewerkschaften, die nicht immer darauf hinarbeiten, daß solche Vorfälle vermieden werden. Ich will hier nur die Erklärung abgeben, daß gerade jetzt wieder bei dem großen Kampf im Ruhrrevier sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen mit Nachdruck dahin gewirkt wird, jede Ausbreitung zu vermeiden, damit die Provokierenden nicht auf ihre Rechnung kommen. Sozialdemokratie wie Gewerkschaften sorgen also dafür, daß jeder bestrebt ist, Gewalttätigkeiten zu verhindern. Herr Dr. Wittern behauptet, der Kampf spiele sich nicht unter Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern nur unter den Arbeitern. Dr. Wittern kennt anscheinend die Arbeitswilligen nicht, die kommen wohl in seinem Beruf nicht vor. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß heute in Hamburg, Wandsbeck und anderen Städten sich Arbeitswilligen-Bureaus etabliert haben, die heruntergekommene Subjekte vermitteln, wie wir sie hier als Kowboys vor Gericht kennen gelernt haben. Das sind die Arbeitswilligen, die in Frage kommen. Diese Elemente wollen nicht ihre Familien vor Not schützen, sondern sie sind zu ehrlicher Arbeit zu faul. Dr. Wittern phantasierte ferner von Zukunftsstaat, der ihm herhalten muß, um über die Arbeitswilligen zu reden. Im Zukunftsstaat werden wir voraussichtlich keine Arbeitswilligen haben. (Lachen bei den Bürgerlichen!) Lachen Sie doch nicht, Sie wissen wohl, daß ich damit die Streikbrecher meine; das Wort darf man draußen allerdings nicht gebrauchen. Nach Dr. Wittern wird von uns die Freiheit des einzelnen vernichtet. Sie haben keine Ursache, davon zu reden. Wegen wichtiger Vorkommnisse werden Tausende auf die Straße gesetzt, schwarze Listen aufgestellt und wirkliche Arbeitswillige an freiwilliger Arbeit gehindert. Da findet sich keine Behörde, kein Schutzmänn für die persönliche Freiheit. Dr. Wittern strich den Rechtsstaat heraus, den haben wir genügend kennen gelernt. Wiffell hat ihn vor Jahren auch in der Bürgerchaft schon gekennzeichnet anlässlich des Urteils gegen Streikende, das selbst Leute aus dem Bürgertum als ungläublich erklärt hatten. Ich nenne nur den Namen Hoppenstedt, den Dr. Wittern auch gut kannte, überlassen Sie uns trotzdem die Einrichtung des Zukunftsstaats; Herr Wittern braucht sich darüber den Kopf nicht zu zerbrechen. (Bravo b. d. Soz.)

Dr. Wittern: Ich habe nur ausgeführt, daß erfahrungsgemäß Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige vorkommen, und deshalb muß der staatliche Schütz vorhanden sein. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist schon vorhanden!) Die besten Elemente scheiden als Arbeitswillige aus, weil sie nicht wollen dürfen, wie sie wollen möchten, sonst hätten wir viel mehr Arbeitswillige. Aber sie wollen nicht mit zerklüfteten Knochen heimkehren. Redner hält sich weiter über den Zukunftsstaat auf und glaubt, daß dort mit der Beifolge zur Arbeit getrieben werden müsse; daß habe der Führer der Lübecker Sozialdemokratie unfreiwillig kundgetan.

Babendererde: Den meisten Gesuchstellern im Wirtschaftsbetriebe ist darum zu tun, mit der Konzeption ein Geschäft zu machen.

Senator Dr. Neumann: Aus den Akten ergibt sich das Gegenteil dieser Behauptung, die Herr Babendererde nicht beweisen kann.

Stelling: Herr Dr. Wittern meint, manche Frauen klagten, weil ihre Männer gegen den eigenen Willen streifen müßten. Dr. Wittern scheint nicht zu wissen, daß sämtliche Statuten der deutschen Gewerkschaften den Paragrafen in sich schließen, wonach zum Streikbeschlusse eine Dreiviertel- oder gar Vierfünftel-Mehrheit in gemeinsamer Abstimmung notwendig ist. Wenn er sich dafür interessiert, will ich ihm ein Statut zustellen. Herr Dr. Wittern sagt einer Illusion nach, wenn er glaubt, im Zukunftsstaat müsse jeder mit der Fute zur Arbeit getrieben werden. Nein, jeder der arbeiten will, soll und kann, wird Arbeit finden. Heute hat der Arbeiter wohl ein Recht darauf, aber wenn er nichts findet, kann er mit samt seiner Familie Hunger leiden. Im übrigen ist Dr. Wittern heute interessant: beim letzten Wackerfest wurden die Meister, die bewilligen wollten, von der Jugend und



den Scharfmachern gezwungen, nicht nachzugeben. Denen, die bewilligt hatten, wurden die Hypotheken gelöst und der Vertreter der Scharfmacher im Badergewerbe war Rechtsanwalt Dr. Wilttern, Mitglied der Bürgerchaft.

**Dr. Wilttern:** Die Vorgänge liegen sehr lange zurück. Woher hat Herr Stellung diese Weisheit? Ich hielt damals wohl eine Rede im Reutiertrug und bin nach meiner Überzeugung für die eingetreten, die arbeiten wollten. Ich hatte doch damals Erfolg mit meinem Handeln. Im Zukunftsstaat kann wohl jeder arbeiten, hat das Recht darauf, aber daß jeder arbeiten soll, hat Herr Stellung nicht gesagt. Damit ist die Generaldebatte geschlossen.

Die beiden Ersuchen Buchwalds werden angenommen.

Stellungs Antrag auf Errichtung einer Arbeitskammer wird abgelehnt.

Gegen die Resolution Aug. Papes, betr. die Gas- und Elektrizitätspreise wendet sich in dieser Fassung Dr. Fiehl. Vor allem müsse die Stelle, die den Sätzen rückwirkende Kraft geben soll, fallen.

Der Vorsitzende erucht den Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen, weil eine Vorlage in Aussicht stehe.

Er wird zurückgezogen.

Ein weiterer Antrag Papes, den Bürgern, die seitnerzeit 28 Mk. für das Bürgerrecht bezahlt haben, das uneingeschränkt Wahlrecht zu gewähren, wird angenommen.

Fortsetzung Dienstag abend 6 Uhr.  
Schluß 10 Uhr 20 Min.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 18. März 1912.

29. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Debrück.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsanwalts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel Reichsschulskommission, mozu der Antrag Albrecht (Soz.) auf Ausbau der Reichsschulskommission zu einem Reichsschulamt vorliegt.

**Dr. Preuß (Zentr.)** bekämpft den Antrag, da er eine Verfassungsänderung nötig machen würde. Die Schulgeldfreiheit, welche die Sozialdemokratie auch für die höheren Schulen will, würde zu ungeheuren neuen Steuern führen. Die Religion darf aus der Schule nicht verbannt werden, sonst wird das Volk demoralisiert. Es ist ein heiliger Krieg, den wir führen, um unsere Kinder vor dem Umsturz zu bewahren. (Bravo! im Zentr.)

**Reinath (Nat.)** tritt für Beibehaltung des Einjährig-Freiwilligenzuges auf der Schule ein und wendet sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten, weil auf dem Gebiet der Schule keine Zentralisation geschaffen werden dürfe.

**Dr. Müller-Meinungen (Zp.)**: Die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst müßte neben der wissenschaftlichen Prüfung auch an eine Prüfung der körperlichen Tüchtigkeit gebunden sein. Dann würden unsere Schulen weit mehr Zeit auf die körperliche Ausbildung verwenden. Jetzt sind nur 30 Prozent der zum Einjährigendienst Berechtigten überhaupt militärfähig; das ist die stärkste Benachteiligung der bürgerlichen Erziehung auf unseren Schulen. (Zustimm. b. Zp.)

**Bruchhoff (Zp.)** bekämpft den sozialdemokratischen Antrag, die Schule müsse Sache der Einzelstaaten bleiben. Durch die Gesetzgebung kann ein Bildungsminimum nicht geschaffen werden, denn Bildungsfragen sind Persönlichkeitsfragen. Die Volksschule braucht auch den Religionsunterricht. (Sehr wahr! rechts u. b. d. Soz.) Das sage ich als fortgeschrittener Lehrer, denn es hat mit fortschrittlicher Politik nichts zu tun. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

**Schulz (Soz.)**: Dr. Preuß steht zwar 38 Jahre im höheren Schulwesen, wie er selbst sagte, kennt aber trotzdem die Mängel des höheren Schulwesens sehr wenig, sondern hat sich in eine gewisse Fachverbirrtheit verrannt. Sonst müßte er erkennen, wie der Aufbau und die Entwicklung des höheren Schulwesens durch das Einjährig-Freiwilligenwesen gehemmt wird. Er so wie die anderen Redner fürchten von einem Reichsschulgesetz eine Schablonisierung. Wenn das richtig wäre, müßte es doch auch von einem Landesschulgesetz gelten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Selbstverständlich verlangen wir die Schule ohne Religion, aber damit wollen wir doch nicht die Religion und Gott abschaffen. Wir wollen niemanden seine Religion rauben, aber auch unsere religiösen Anschauungen nicht vergewaltigen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Unentgeltlichkeit der Einheitschule, die wir wünschen, würde natürlich erhebliche Kosten verursachen. Aber die Millionen und Milliarden für ein gut organisiertes Schulwesen würden nicht schlecht angewendet sein, sondern dadurch würde auch die Wehrfähigkeit des Volkes wesentlich gestärkt werden. (Zust. b. d. Soz.) Herr Bruchhoff scheint mit den Beschlüssen des Deutschen Lehrervereins nicht vertraut zu sein. Er scheint auch nicht klar darüber, daß unser Antrag auf Erlass eines Reichsschulgesetzes jetzt nicht zur Debatte steht, sondern unsere Resolution auf Errichtung eines Reichsschulamts es, das nötig ist, weil ja die Reichsschulkommission leider gar keine Befugnisse hat. Wir haben in unserer Resolution ausdrücklich keine speziellen Aufgaben genannt, damit der Reichstag dem Prinzip der Errichtung eines Reichsschulamtes zustimmen kann. Wenn er das nicht tut, werden die Lehrer erkennen, wer mit ihren Forderungen hier am entschiedensten Ernst machen will. (Bravo! bei den Soz.)

**Mumm (Wg.)**: In den Ausführungen des Herrn Bruchhoff hätte ich nicht viel zu kritisieren. (Hört, hört! bei den Soz.) Feststellen muß ich aber, daß die Sozialdemokraten nach ihrem Programm alle Eltern zwingen wollen, ihre Kinder in religionslose Schulen zu schicken. (Pfannkuch [Soz.]: Sie wissen ja gar nicht, was im Erfurter Programm steht.) Ich kenne es halb auswendig. (Hört.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird angenommen. Die Resolution Albrecht (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Zum Kapitel Bundesamt für das Deimatwesen befürwortet

**Dieh-Konstanz (Z.)** eine Resolution, die wirksame Maßnahmen gegen die durch das bandenweise Herumziehen der Eigenen entstehenden Belästigungen der Landbevölkerung verlangt.

Staatssekretär Dr. Debrück teilt mit, daß die Grundlagen für gleichmäßig zu erlassende Anordnungen über die Behandlung der Eigenen geschaffen seien.

**Rupp (Wg.)** wünscht besonders scharfes Vorgehen gegen ausländische Gauner.

Die Resolution Dieh wird angenommen.

Es folgt das Kapitel Ausführung des Kallgesetzes.

Dazu beantragt die Kommission 1) den Reichstanzler zu ersuchen, gemäß § 22 des Kallgesetzes als vierte Ausgangsstation für die Berechnung der Frachten Mülhausen (Eif.) festzusetzen. (Ein Antrag Röler [Zp.] will statt Mülhausen Straßburg setzen.) 2) den Reichstanzler zu ersuchen, möglichst bald einen Entwurf vorzulegen, der

a) den § 18 des Gesetzes über den Abfall von Kallkalzen aufhebt, daß die Durchschnittslöhne vor in jedem Betriebe be-

schäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung durch öffentlichen Anschlag in dem Betrieb bekannt gegeben werden;

b) dem § 19 zufolge, daß alle Quotenübertragungen sofort nach der Vereinbarung der Bergbehörde angezeigt und vier Wochen durch öffentlichen Anschlag auf dem übertragenden Werke bekannt gemacht werden.

c) Den § 27 dahin abändert, daß ein Teil der in die Reichskasse fließenden Abgabe der Reichskasse verbleibt.

8. Den Reichstanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald eine Denkschrift über die nach § 18 des Kallgesetzes festgesetzten Durchschnittslöhne 1907-1909 und regelmäßige Arbeitszeit 1909 der Kallwerke sowie den Wortlaut der nach § 16 des Kallgesetzes abgeschlossenen Tarifverträge vorzulegen.

Ein Antrag Behrens (Wg.) ersucht den Reichstanzler anzuordnen, daß die alljährlich von der Verteilungsstelle nach § 18 des Kallgesetzes festgestellten Durchschnittslöhne und die regelmäßige Arbeitszeit vor in jedem Kallwerke beschäftigten Arbeitergruppen sofort nach der Feststellung und die im Berichtsjahre neu abgeschlossenen oder abgeänderten Tarifverträge veröffentlicht werden (tunlichst im „Reichsarbeitsblatt“).

**Abg. Koch (Soz.)**: Die Abgabeverhältnisse in der Kallindustrie waren unhaltbar geworden. Ein Teil der Industriellen schloß sich dem Syndikat nicht an und zwischen ihnen und dem Syndikat kam es zu heftigen Zusammenstößen. Die Verhältnisse waren ähnlich wie zwischen den drei kämpfenden Bergarbeiter-Organisationen und den christlichen und gelben, die ihren Brüdern in den Rücken fielen. Aber hier handelt es sich nicht um Arbeiter, die um menschenwürdige Lebensverhältnisse kämpfen, sondern um den Profit der Arbeitgeber, und daher nahmen die Regierung und die Vertreter der bürgerlichen Parteien eine ganz andere Stellung ein. Von der Begünstigung der Freiheit der Streikbrecher, von der moralischen Enttarnung über den Terrorismus der Streikenden war keine Rede, niemand dachte daran, gegen den Terrorismus des Kall-Syndikats etwa die Polizei anzurufen. Im Gegenteil, die Herren von der Rechten, vom Zentrum und die Nationalliberalen schlugen sich auf die Seite des Syndikats und bestellten sich, ein Gesetz zustande zu bringen, das den Terrorismus des Syndikats stärkte und die Industriellen, die sich dem Syndikat nicht angeschlossen hatten, zu diesem Anschluß zwangen, und so hat das Syndikat eine Herrschaft errungen, jedoch nicht aus eigener Kraft, vielmehr beruht sein stolzes Gebäude auf der durch das Kallgesetz geschaffenen Grundlage. Deshalb können wir auch nicht sagen, das Reich soll sich um diese Verhältnisse möglichst wenig kümmern und alles dem Syndikat überlassen. Wir haben vielmehr die Pflicht, darüber zu wachen, daß das Kall-Syndikat den Gebrauch von dem Gesetz macht, den der Gesetzgeber beabsichtigt hat. Von diesem Gesichtspunkt nehmen wir zu den vorgeschlagenen Resolutionen Stellung. Die unter 2 ist von uns in der Kommission eingebracht und von der Mehrheit angenommen. Unter a und b wird eine Änderung des Kallgesetzes in bezug auf die §§ 13 und 19 verlangt, die einen Schutz der Arbeiter darstellen. Die beantragte Änderung ist nur die notwendige Voraussetzung für die wirkliche Durchführung der §§ 13 und 19. Deshalb ist sie auch in der Kommission von der Mehrheit angenommen. In der Kommission ist auch erwähnt, daß der Bundesrat sein Verprechen, Ausführungsbestimmungen über die Rabatte zu geben, nicht gehalten hat. Der Unterstaatssekretär hat angegeben, das sei deshalb geschehen, weil sonst die Rabatte den Konjunktur zu guten gekommen wären, und das hätte Bedenken, weil der Handel dann ausgeschaltet würde. Ich gebe zu, daß das einen berechtigten Kern hat. Weiter ist aber mitgeteilt worden, die landwirtschaftlichen Organisationen, speziell der Bund der Landwirte, haben die Rabatte gar nicht haben wollen, sondern hätten diese 170 000 Mark am liebsten den Konjunktur überlassen wollen. Das glaube ich nicht. Ich bin vielmehr überzeugt, daß der Bund der Landwirte das Geld sehr gern in seine Hand bekommen will. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Anders liegt es mit den sogenannten Propagandageldern. Nach § 27 des Kallgesetzes muß jeder Kallwerksbesitzer für jeden Doppelzentner, den er absetzt, eine Abgabe von 60 Pfennig in die Reichskasse entrichten und diese Einkünfte sind für Propaganda zur Hebung des Kallabfahes zu verwenden. Der Reichstag hat die Kall-Industriellen zu dieser Abgabe für den Zweck der Propaganda zur Hebung des Kallabfahes gezwungen, und deshalb hat er auch die Verpflichtung darüber zu wachen, ob die Gelder für diesen Zweck verwendet werden. Im vorigen Jahre sind viele Klagen darüber vorgebracht, daß das nicht geschehen ist. Daraufhin hat die Regierung unterm 28. Juli 1911 eine Bekanntmachung erlassen, worin ausgeführt wird, daß für wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche, sowie für Veranstaltungen, durch welche die landwirtschaftliche Bevölkerung in anschaulicher Weise mit solchen Untersuchungen bekannt gemacht wird, Vergütungen gewährt werden. Weiter heißt es, Vergütungen werden nur für solche Maßnahmen gewährt, die geeignet sind, die Kenntnis der Wirkung des Kallbinders auf die Landwirtschaft zu fördern, und die Landwirte über die Anwendbarkeit und Notwendigkeit der Kallbindung zu unterrichten. Für Maßnahmen dagegen, die lediglich eine Anpreisung der Kallfische darstellt, werden Vergütungen nicht bewilligt. Diese Bekanntmachung hat nach meiner Meinung das Richtige getroffen. Nach der Menge des von landwirtschaftlichen Korporationen bezogenen freien Kalls werden die Rabatte berechnet; die Propagandagelder, die ja anderen Zwecken dienen, dürfen keineswegs ebenso berechnet werden. Eine Genossenschaft, die einen Kallbetrieb gar nicht hat, aber Propaganda treibt, hat Anspruch auf die Propagandagelder, eine Genossenschaft dagegen mit einem großen Kallbetrieb, die gar keine Propaganda treibt, hat einen solchen Anspruch nicht. Ich hebe das ausdrücklich hervor, weil der deutsche Landwirtschaftsrat im Februar d. Jz. den entgegengelegten Standpunkt vertreten hat. Aber andere Vorkwürfe in bezug auf die Verteilung der Propagandagelder scheinen mir berechtigt. So hat der deutsche Fischereiverein 30 000 Mark bekommen und eine Erklärung der Regierung hierfür nicht gegeben. 18 000 Mk. hat das Institut für das Gärungsgewerbe erhalten und 1000 Mk. der deutsche Hopfenverein. Die hohe Summe, die das Institut für das Gärungsgewerbe bekommen hat, ist recht auffallend. Ich habe mich bei Herren, die etwas davon verstehen, erkundigt, diese haben die Sache nur mit verständnisvollem Lächeln aufgenommen. Ich frage die Regierung, ob diese 18 000 Mark wirklich so verwendet sind, wie sie nach dem Gesetz verwendet werden sollen. Die Öffentlichkeit muß umso mehr darüber Aufklärung erhalten, als das Institut für das Gärungsgewerbe in enger Beziehung zu dem Brauer- und Brennergewerbe steht, das doch wirklich keinen Anspruch auf eine Extraverzinsung vom Staat hat. (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich gebe ja zu, daß die Verteilung dieser Gelder keine angenehme und dankbare Aufgabe ist. Der Unterstaatssekretär hat angeregt, hierfür einen aus Sachverständigen zusammengesetzten Beirat einzuberufen. Auch ich halte das für zweckmäßig. Aber es genügt nicht. Die Parteien haben ein Interesse daran, sich selbst von der Verteilung der Gelder zu überzeugen und deshalb wäre es zweckmäßig, daß auch

die verschiedenen Fraktionen einen Vertreter in diesen Beirat entsenden. Dann wäre es zweckmäßig, aber den Arbeitsplan, der so wie so veröffentlicht wird und darüber, wie die einzelnen Gesellschaften, die die Gelder bekommen haben, den Arbeitsplan ausgeführt haben, dem Reichstag alljährlich eine Denkschrift zu unterbreiten, damit wir genau verfolgen können, ob die Gelder nutzbringend verteilt werden. Wir müssen um so mehr Wert legen auf eine genaue Kontrolle, weil die Verführung für die Herren von der Regierung sehr groß ist, mehr auszugeben als notwendig ist. Infolge des über Erwarten steigenden Abfahes von Kall fließen so viele Gelder in die Reichskasse, wie zur Propaganda gar nicht verwandt werden können. Das müssen die beteiligten Kreise, die Regierung wird bestimmt mit allen möglichen und unmöglichen Anträgen zur Bewilligung von Geldern, und da liegt die Gefahr nahe, daß sie auch Gelder bewilligt, die nicht lediglich für Propagandazwecke ausgegeben würden. Um diese Verschleuderung von Reichsgeldern zu verhindern, brauchen wir eben eine genaue Kontrolle. Die Gelder, welche nicht zu Propagandazwecken gebraucht werden, könnten zum Beispiel benutzt werden, um den kleinen Abnehmern, den kleinen Bauern den Bezug von Kall zu erleichtern, und solche Arbeiter zu unterstützen, die durch den Rückgang der Produktion in einzelnen Kallbetrieben geschädigt werden. Ich gebe zu, daß diese Regelung nur ein Nothbehelf ist. Wir würden die ganze Propagandabfrage anders lösen, wenn wir in der Lage wären, das Gesetz zu ändern. Wir haben für das Kallgesetz gestimmt, weil wir nichts Besseres erreichen konnten, haben aber zunächst die Verstaatlichung in unserem Sinne verlangt, die aber leider abgelehnt wurde. In bezug auf das Monopol hat sich ein bezeichnender Umchwung in der öffentlichen Meinung vollzogen. Weiße Kreise, die sich sehr ablehnend verhalten haben, denken heute ganz anders. Der Staatssekretär hat auf die Frage, wann wir das Monopol bekommen werden, geantwortet: Wenn wir dazu reif sein werden. Nun, hoffentlich geht dem Staatssekretär bald die Erkenntnis auf, daß wir für die Sache doch schon reif sind. (Sehr gut! bei den Soz.) Das Gesicht des Herrn Remuth sollte ihn warnen. Wenn eines schönen Tages die Herren vom Zentrum für das Kallmonopol eintreten, dann tritt vielleicht auch beim Staatssekretär die mögliche Reife auf, sonst muß er gehen. (Gelächter.) Interessant war, daß der Staatssekretär zugeibt, daß Fehler beim Kallgesetz gemacht seien. Aber es ist geradezu unerhört, daß die Regierung trotzdem nichts tut, um diese Fehler auszumergen. Die im Kallgesetz vorgesehene Regelung des Abfahes in der Produktion ist sehr unvollkommen und geradezu unfinnig. Die Produktion muß verteilt werden nach einem einheitlichen Plan, einzig und allein nach der Zweckmäßigkeit. Der jetzige Zustand hat zur Folge, daß immer neue Produktionsstätten eröffnet und neue Schächte von den Betrieben gebaut werden, um sich ihren Anteil zu erhalten. Wir müssen die ganze Kallproduktion planmäßig regeln, dann würden die Selbstkosten bedeutend vermindert werden, die Arbeiter bräuchten nicht geschädigt werden und die Abnehmer könnten das Produkt zu einem billigen Preise bekommen. Bei der heutigen Wirtschaft machen die gut gestellten Werte ein gutes Geschäft, und vor allem blüht die Spekulation. Zum Schaden der Gesamtheit werden einzelnen Leuten Riesengewinne zugeföhrt. Auch andere wichtige Fragen, wie die Regulierung der Abfälle, können heute nicht erledigt werden. Durch die jetzt betriebene Landwirtschaft gehen ungeheure Schätze verloren. Nun ist in der Tageszeitung ein Artikel erschienen, der sich sehr eingehend gegen die Verstaatlichung wendet. Es wird dort darauf hingewiesen, daß große Kapitalien in der Kallindustrie festgelegt seien, der Staat müßte über 3 Milliarden Entschädigung zahlen und würde dann nicht zu dem erwarteten Verdienst kommen. Die Leute haben sich unnötigerweise den Kopf zerbrochen. Wir denken natürlich nicht daran, Spekulationsgewinne zu entschädigen. Für uns sind Monopole nicht Selbstzweck, sondern wir ertreiben sie im Interesse der Arbeiter und der Gesamtheit. Die Leute, die heute Papiere kaufen von den Riesenunternehmungen, wie Kallwerken, Kohlen- und Glühbirnenwerken, elektrischen Werken, mögen sich vergegenwärtigen, daß die Verstaatlichung solcher Betriebe nur eine Frage der Zeit ist. Schrieb doch auch ein Fachblatt ersten Ranges, der „Deutsche Ökonomist“, schon 1907: „Das Endziel der heutigen Kumulation aller Betriebe im Bankverkehrswesen und der Industrie ist die Verstaatlichung, gleichviel, ob dies unvermeidliche letzte Ziel in einer kürzeren oder längeren Reihe von Jahren erreicht ist.“ (Hört, hört! b. den Soz.) Recht hat die „Kunzengzeitung“, wenn sie sagt, daß der Staat unrentabler arbeite. Wir denken auch nicht daran, unsere heutige Bureaucratie, die nur nützlich ist in kleinen und kleinsten Verhältnissen, zu Herren der Betriebe zu machen. Das deutsche Volk ist reif genug zur Verstaatlichung, die Vorgänge im Ruhrrevier werden auch gewaltig dazu beitragen, daß nach einer Veränderung der Verhältnisse gerufen wird. Aber die können nicht durchgeführt werden von der deutschen Bureaucratie, die nach Willkür ruff, die den Scharfmachern in die Hände arbeitet und der gewaltigen Kulturbewegung verständiglos gegenübersteht, — nein, je mehr sich die Staatsbetriebe ausdehnen, umso mehr muß der Einfluß der Bureaucratie zurückgebrängt und der großen Masse des Volkes Einfluß eingeräumt werden. Wir erstreben die Monopole auch nicht etwa als reine Finanzquelle. Wir denken nicht daran, sie ihnen (zum Zentrum) darzubringen, damit sie von der Erbschaftsteuer loskommen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir würden nur dann für ein Monopol eintreten, wenn die überschüssige zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und der Bölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgütergegenstände oder für soziale Zwecke verwandt würden. Ich habe in einigen Sätzen kurz festgelegt, wie ich mit der Verstaatlichung denke. Sie lauten:

1. Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, soweit sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagelosten freihändig erworben werden können.

2. Die Leitung der Kallwerke sowie der Abfall ihrer Produkte geschieht durch das Reich unter entscheidender Mitwirkung eines Beirates.

Der Beirat setzt sich zusammen aus vom Bundesrat und vom Reichstag ernannten, sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern.

3. Den Arbeitern und den Betriebsbeamten darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise erschwert werden. Für die Betriebe gelten entsprechend alle Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und Betriebsbeamten, insbesondere die der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuchs. Die Arbeitszeit ist auf 8 Stunden, an gesundheitsgefährlichen Betriebsorten noch weiter zu beschränken.

Für jedes Werk ist zur Festsetzung der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen sowie zur Erledigung von Beschwerden durch die Belegschaften und Betriebsbeamten in geheimer, gleicher und direkter Wahl ein Arbeiterauschuß zu wählen, der gegen die das Arbeitsverhältnis berührenden Anordnungen und Entscheidungen der Betriebsleitung das Recht der Berufung an den Beirat (Ziffer 2) hat.

4. Die Löhne und Gehälter sind zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterauschuß auf der Grundlage von Minimalfällen zu vereinbaren. Die Minimalfälle bedürfen der Genehmigung des Reichstags.



5. Die Verkaufspreise sind im Gesehe unter Berücksichtigung der einheimischen Landwirtschaft besonders für das Ausland und das Ausland festzusetzen.

6. Die Überschüsse der Kalkwerke sind zur Verminderung der Verbrauchsabgaben und Zölle auf Nahrungsmittel und Gebrauchsgüterstände oder für soziale Zwecke zu verwenden.

Wenn nach diesen Grundsätzen die Verstaatlichung der Kalkbetriebe durchgeführt wird, dann bin ich überzeugt, würden wir wirklich etwas im Interesse des arbeitenden Volkes erreichen. (Leb. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Richter: Wir müssen erst die Wirkungen des Gesetzes abwarten, ehe wir eine Denkschrift darüber vorlegen. Auch können wir nicht jetzt schon an einem Gesetz herumdoktern, das erst 1910 erlassen ist; auch hier müssen wir erst die Wirkungen abwarten. Die Ziffer 2a der Resolution der Budgetkommission wird den beabsichtigten Zweck nicht erreichen. Auch gegen die Resolution Behrens habe ich Bedenken: wir können den einzelnen Werken nicht zumuten, ihre Lohnlisten zu veröffentlichen. Die Tarifverträge könnten eher veröffentlicht werden. Bei der Verteilung der Propagandagelder haben wir Sachverständige gehört, sind aber gern bereit, neue Anregungen zu prüfen. Die 30.000 Mk., die der Fischereibereich bekommen hat, dienen wissenschaftlichen Versuchen, ebenso die Summe für das Institut für Gärungsgewerbe. Selbstverständlich wird kontrolliert, ob die Gelder geschäftsmäßig verwendet werden.

Barwinkel (M.): Das Kaligeseh sollte nicht dem Profit der Unternehmer dienen, wie Herr Hoch sagte, sondern der Verschönerung der Kalisalze entgegenwirken. Von Kalkschmiergeldern kann, nachdem das Reichsamt des Innern die Verwaltung hat, keine Rede mehr sein. Ziffer 2c der Resolution bedeutet eine Verbrauchsabgabe auf Kalk. Dadurch wird es verteuert, damit auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten und so auch die notwendigen Lebensmittel. (Lachen links.) Es ist nicht gut, der Industrie jetzt Monopole anzudrohen, sondern man sollte sie in Ruhe sich entwickeln lassen. (Bravo! bei den Linken.)

Dr. Well (S.) führt Beschwerde, daß das Kalisyndikat von den Landwirten an der holländischen Grenze verlangt, ihre in Holland belegenen Grundstücke nicht mit denselben Kalisalzen zu düngen, wie die in Preußen gelegenen. Diese Auslegung des Kaligesehes widerspricht sowohl dem Sinn des Kaligesehes, wie dem Vertrag mit Holland.

Röser (Wpp.) befürwortet seinen Antrag.

Behrens (Wpp.) tritt für seine Resolution ein.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 1/8 Uhr.

### Aus der Partei.

**Das Stichwahlabkommen.** Der Parteivorstand schreibt uns: Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat am Sonntag in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der auch das Stichwahlabkommen der Sozialdemokratischen Partei verhandelt worden ist. Über die Sitzung sind Berichte in bürgerlichen Blättern veröffentlicht worden, die als irreführend bezeichnet werden müssen. Da heißt es z. B.:

„Abgeordneter Fischbeck... konstatierte... daß die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung, die Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei sei an die Leitung der Sozialdemokratischen Partei mit dem Ersuchen herangetreten, jenes Abkommen zu schließen, unrichtig sei. In Wirklichkeit habe die sozialdemokratische Parteileitung derjenigen der Fortschrittlichen Volkspartei zuerst Vorschläge für ein Stichwahlabkommen gemacht. In der lebhaften Debatte wurde festgestellt, daß die Geheimhaltung des Abkommens auf Wunsch der Sozialdemokratie beschlossen worden sei.“

Jedem anmerkenden Leser werden die diplomatischen Wendungen dieses Berichtes aufgefallen sein, die den Anschein erwecken müssen, als sei der Vorstand der sozialdemokratischen Partei zuerst an den der Fortschrittspartei herangetreten. Es sei festgestellt, daß zuerst ein Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei herangetreten ist, um Rücksprache zu nehmen wegen der Form, in der die auf dem Parteitag in Jena beschlossenen Stichwahlbedingungen von den fortschrittlichen Kandidaten anerkannt werden könnten. Im Laufe dieser Besprechung hat dann unser Parteivorstand betont, daß es angesichts der politischen Situation mit der Anerkennung der Jenaer Bedingungen allein nicht getan sei. Vielmehr müßte die Fortschrittliche Volkspartei, wenn sie unsere Stichwahlhilfe wünsche, bestimmte Bedingungen akzeptieren, die gegenseitige Hilfe gewährleisten. — Gleichfalls unrichtig ist, was in den Berichten über den Wunsch betreffend die Geheimhaltung des Abkommens als Formens gesagt worden ist. Ein solcher Wunsch ist vom sozialdemokratischen Parteivorstand nicht geäußert worden. Nach der Veröffentlichung der Wahlaufrufe beider Parteien am Tage nach der erfolgten Verständigung konnte auch niemand im Zweifel sein, daß ein Abkommen zwischen den beiden Parteien getroffen worden war. Die Einzelheiten des Abkommens sollten allerdings im beiderseitigen Einverständnis bis zum Abschluß der Stichwahlen nicht veröffentlicht werden.

Paul Stumpf, der älteste Mainzer Parteigenosse, ist nach kurzem Krankenlager gestorben. Stumpf hatte sich als ganz Junger an der Revolution in Paris 1848 beteiligt, kam dann nach Deutschland, machte den Zug nach Kirchheimbolanden mit. In der Reaktionsperiode mit zahlreichen anderen des Hochverrats angeklagt, wurde er vor das Schwurgericht gestellt, das jedoch auf Freisprechung erkannte. Nachdem er lange im Ausland gelebt hatte, kehrte er nach Mainz zurück und schloß sich der sozialdemokratischen Partei an. Lebhaftes Begehren hatte er mit Karl Marx, Engel, Lassalle, Liebknecht u. m. unterhalten. Stumpf hat ein Alter von 85 Jahren erreicht. Unter seinen zahlreichen Manuskripten, Briefen, die er hinterlassen hat, und die vorläufig in der Stadtbibliothek aufbewahrt werden, dürfte sich manches Interessante befinden.

### Bemerkungsbewegung.

**Zentralrat im Lithographie- und Steindruckgewerbe?** Eine Gauleiterkonferenz des Verbandes der Lithographen und Steindrucker beschäftigte sich eingehend mit der Anregung des Schugverbandes deutscher Steindruckereibesitzer, auf der Grundlage der nach dem großen Kampf abgeschlossenen neuen Vereinbarungen einen festen Tarifvertrag für das gesamte Lithographie- und Steindruckgewerbe zu schaffen. Gemäß den Beschlüssen früherer Verbandsgeneralversammlungen hat die Konferenz der Anregung zugestimmt. In der Aussprache über die gegenwärtige Situation nach der Beilegung des großen Kampfes wurden jedoch viele Beispiele festgestellt, die zeigen, daß von vielen Prinzipalen die abgeschlossenen „Vereinbarungen“ durchbrochen oder ganz willkürlich ausgelegt werden. Daher sah sich die Gauleiterkonferenz veranlaßt, ihre Zustimmung zum Abschluß eines festen Tarifvertrages an die Erfüllung von Voraussetzungen zu knüpfen, die solche Mißgriffe durch die Prinzipale für die Folge ausschließen. Die Gauleiterkonferenz beauftragte

den Hauptvorstand, Vorverhandlungen unter folgender Voraussetzung zu führen: daß der Schugverband in der Lage sein müsse, seine Mitglieder zur vollen Einhaltung der abgeschlossenen Vereinbarungen anzuhalten; daß er beim seine Mitglieder alle organisationsfeindlichen, gegen die Mitgliedschaft im Verband der Lithographen und Steindrucker gerichteten Handlungen unterlassen und das evtl. die Allgemeinheit der Unternehmer und Gehilfen die Träger der Tarifgemeinschaft seien.“ Der Hauptvorstand wird beauftragt, wenn der Schugverband den vorstehenden Punkten nachkommt, diesen zur Vorlegung einer entsprechenden Vorlage zu eruchen, die in einer späteren Gauleiterkonferenz näher besprochen werden muß, bevor entscheidende Schritte unternommen werden.

**Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien.** Mit Ausnahme eines Zusammenstoßes zwischen der Polizei und streikenden Bergarbeitern in Lancashire ist der Streik bis jetzt ruhig verlaufen. Das bedeutet jedoch nicht, daß es sich nicht um einen grimmigen Kampf zwischen den Arbeitern und den Unternehmern handelt. Die Intensität des Generalstreiks der britischen Bergarbeiter kommt in den Verhandlungen zum Ausdruck, die die ganze Woche in London zwischen den Vertretern der Arbeiter und den Unternehmern stattgefunden haben. Obwohl wenig offiziell veröffentlicht worden ist, ist es dennoch bekannt, daß auf der gemeinschaftlichen Konferenz ein äußerst zäher Kampf geführt worden ist. Die Verhandlungen sind wieder einmal zum Stillstand gekommen. Strategisch haben die Bergarbeiter jedoch eine günstigere Position inne, als zu Anfang der Woche. Sie haben den Vorschlag des Premierministers, mit den Unternehmern in den verschiedenen Distrikten die strittigen Punkte zu diskutieren, angenommen, nun wollen sie alle Punkte diskutieren. Sie werden die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, als bis die Minimallohnfrage in allen Revieren gelöst ist. Aber mit diesem Vorgehen sind die Unternehmer nicht einverstanden, teilweise, weil sie gegen den Minimallohn sind. Es fragt sich nun, was die Regierung jetzt unternehmen wird. Handel und Industrie leiden mit jedem Tage schwerer unter dem Streik. In der letzten Woche nahmen die 24 größten Eisenbahnen Englands 10.000.000 Mark weniger ein, als in derselben Woche des vergangenen Jahres. Hunderte regelmäßiger Züge laufen nicht mehr. Hunderttausende der Arbeiter anderer Berufe sind arbeitslos. In den Industriebezirken hat der Hunger seinen Einzug gehalten; man sammelt Gelder, um der Not abzuwehren und unternimmt Nothstandsarbeiten. Der Kampf ist in eine neue Phase eingetreten. Man erwartet, daß jetzt die Regierung durch die Gesetzgebung eingreifen wird. Aber diese Lösung der Frage ist nicht so leicht, wie man es sich anfangs vorgestellt hat. Ganz abgesehen von der praktischen Frage, einen bestimmten Minimallohn festzusetzen, spielt die prinzipielle Frage eine große Rolle. Das Festlegen eines Minimallohnes für eine so gewaltige Industrie wie den britischen Bergbau würde das rechtliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter in einer Weise revolutionieren, von der man sich noch keine Vorstellung machen kann. Die liberale Gefolgschaft des Ministeriums wird es sich wohl noch lange überlegen, ehe sie diesen Sprung ins Ungewisse wagt.

**Sozialdemokrat ist nicht**  
der, welcher am Bierisch räsoniert,  
sonst aber nichts tut, sondern  
**Sozialdemokrat ist nur**  
wer für die Arbeitersache täglich mit-  
arbeitet, seiner Organisation  
angehört, vor allem aber auch  
**das Parteiblatt liest.**  
Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt  
sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu  
abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch  
noch für dessen weitere Verbrei-  
tung. Er wirbt und agitiert unab-  
lässig für den  
**„Lübecker Volksboten“**

### Soziales.

**Die Teuerung hält an.** Nach jetzt vorliegenden statistischen Zusammenstellungen sind auch im Februar die Getreidepreise durchweg etwas gestiegen, die meisten der Getreidearten sind gegenüber dem Februar v. J. um fast ein Viertel teurer. Weizen kostete durchschnittlich für den Doppelzentner 21,04 Mk. gegen 20,88 Mk. im Januar d. J. und 19,02 Mk. im Februar v. J. Die Gerste hatte einen Preis von 20,49 Mk. gegen 20,28 Mk. im Januar 1912 und 15,89 Mk. im Februar 1911. Der Roggen kostete 18,72 Mark gegen 18,52 Mk. und 14,80 Mk. Der Hafer stieg von 15,60 Mk. im Vorjahr auf 19,96 Mk. Gegenüber dem Februar 1911 sind Weizen um 2,02 Mk., Hafer um 4,36 Mk., Roggen um 4,42 Mk. und Gerste um 4,61 Mk. teurer geworden. Die Fleischpreise haben sich auch erhöht, gegen den Vormonat allerdings nicht erheblich. Vergleicht man die Preise des Februar d. J. mit dem des Februar v. J., so sind teurer geworden Rindfleisch um 0,2, Kalbfleisch um 1,6 und Minderfleisch um 4,3 Pf., dagegen billiger Hammelfleisch um 0,5, Schweinefleisch um 7,2 Schinken um 9,7 (beim Verkauf im Ausschnitt nur um 0,5) und Speck um 15,8 Pf.

**Stempelplüchtige Arbeitszeugnisse.** Ein Arbeiter, der 4 Jahre in Strahburger städtischen Diensten stand, schied vor kurzem aus dem Dienst. Sein Verlangen nach einem Führungszeugnis wurde gewährt, jedoch war am Kopf des Zeugnisses eine Stempelmarke über 40 Fig., die bei der Aushändigung des Zeugnisses entrichtet werden mußten. Auf die darauf eingereichte Beschwerde, daß nach dem § 114 der Gewerbeordnung keine Stempelgebühr zulässig sei, erhielt der Arbeiter dann seine 40 Fig. zurück mit einem Schreiben der städtischen Behörde, daß über die Anwendung der Bestimmungen des Stempelgesetzes Unklar

heit herrsche. — Die Unklarheit kann höchstens bei der Strahburger Stadtverwaltung herrschen, sonst steht die Stempelfreiheit der Arbeitszeugnisse außer allem Zweifel. Würde dem nicht so, hätte der Reichstag alle Veranlassung, schleunigst einzuschreiten.

### Aus Nah und Fern.

**Für die Reichsverbandsliste.** In Berlin wurde gestern der Notar und Justizrat Munkel, ein Sohn des verstorbenen Parlamentarier August Munkel, wegen Unterlassung von Steuergeboten in Höhe von etwa 80.000 Mark verhaftet, die er in seiner Eigenschaft als Notar erhalten hatte.

**Liebesdrama.** In Maschwig bei Baugen erschoss der Feldwebel Symmant vom Baugener Infanterie-Regiment Nr. 103 den 24-jährigen Ziegeleibesitzer Kraus und darauf sich selbst, weil die Braut Symmants das Verhältnis mit ihm lösen und Kraus heiraten wollte. Ein auf das Mädchen abgegebener Schuß ging fehl. Kraus und Symmant waren sofort tot.

**Schnapsvergiftungen.** Ende der vergangenen Woche erkrankten in Gelsenkirchen verschiedene Personen nach dem Genuß von selbstbereitetem Schnaps. Jetzt sind bereits sechs Personen, und zwar vier Vergleute und zwei Frauen, gestorben. Sie hatten sich das zur Schnapsbereitung erforderliche Material in einer Drogerie gekauft. Es wird angenommen, daß Brennspiritus, der mit Methylnalcohol denaturiert war, verabfolgt wurde. — Im Wieschow-Krankenhaus in Berlin starb der Invalide Walbraun. Es besteht der dringende Verdacht, daß er einer Methylnalcoholvergiftung zum Opfer gefallen ist. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. — In Alt-Zuzka bei Czernowitz sind drei Ortsbewohner nach dem Genuß von Schnaps unter Vergiftungerscheinungen gestorben. Ein vierter ringt mit dem Tode. Man nimmt Vergiftung durch Methylnalcohol an.

**Im Kampfe mit Wildbienen.** In der Gifel wurden ein Polizeiergeant und ein Gendarm, die einen Wilderer verfolgten, von diesem mit Schüssen empfangen. Der Polizeiergeant wurde erschossen, der Gendarm verwundet.

**Stuttat eines ungarischen Gendarmen.** An der Landesgrenze von Steiermark und Ungarn bei Rohrbrunn erschoss im Streit wegen eines Mädchens ein ungarischer Gendarm den deutschen Gendarmerteamleiter Kreitenitz und hierauf sich selbst.

**Eine beschlagnahmte Belohnung.** Um die Belohnung von 3000 Mk., die das Berliner Polizeipräsidium auf die Ermittlung und Ergreifung des Mörders der Familie Schulze aus der Alten Jakobstraße 94-95 ausgesetzt hatte, ist ein heftiger Kampf entbrannt. Von diesen Seiten wird angenommen, daß der Dresdner Altwarenhändler L. für sich allein die ausgeschriebene Summe erhalten werde. Auf Grund dieser Annahme ist von nicht weniger als neun Rechtsanwälten die Belohnung beschlagnahmt worden. L. ist nämlich stark verschuldet, und jetzt suchen seine zahlreichen Gläubiger auf diese Weise ihr Geld zu bekommen. Damit dürften sie jedoch wenig Glück haben. Erstens können die Beschlagnahmungen nicht anerkannt werden, und zweitens steht noch gar nicht fest, wie groß der Anteil von L. an der Belohnung von 3000 Mk. ist. Denn nicht er hat sich an die Kriminalpolizei gewandt, sondern ein Geschäftsfreund von ihm. Die Sache verhält sich so: Trentler wandte sich an L. und schloß ihm, daß er goldene Uhren und andere wertvolle Schmuckgegenstände äußerst billig zu verkaufen habe. Da L. aber nur mit Kleidungsgegenständen Geschäfte machte, teilte er dem Altwarenhändler J. aus Dresden, der für Goldwaren sachverständig ist, das Anerbieten Trentlers mit. Dieser fuhr darauf nach Bittau und traf sich dort mit Trentler. Da die Zahl der Uhren und der anderen Goldgegenstände sehr groß war, schöpfe er Verdacht und erstattete bei der Kriminalpolizei Anzeige. Dieser Verdacht wurde noch dadurch bekräftigt, daß die Goldgegenstände den deutschen Stempel trugen, während Trentler angegeben hatte, daß sie aus Böhmen stammten. Der Altwarenhändler J. nahm nun an, daß sie aus den großen Juweleneinbrüchen in der Potsdamer Straße herrühren könnten, und er vereinbarte deshalb im Auftrage der Polizei eine nochmalige Zusammenkunft mit Trentler, um die Nummern der Uhren festzustellen. Als sich ergab, daß die Uhren die gleichen Nummern trugen, wie jene, die dem Juwelier Schulze gestohlen worden waren, schritt man zur Verhaftung Trentlers. Außer diesen beiden Altwarenhändlern haben aber auch noch einige andere Zeugen, die wichtige Angaben zur Aufklärung des dreifachen Verbrechens und zur Überführung Trentlers machten, Anspruch auf einen Teil der Belohnung.

**Die Zurechnung in gewissen Münchener Bürgerkreisen.** meist verbunden mit hinterlistigen Angriffen auf die deutsche Sprache beleuchtet wieder einmal ein Fisserat in Nummer 114 der M. N. N. Es ist die Todesanzeige einer „Rönglichen Hoftheaterverfemungsmestressgattin“!

**Die sündige Klosterzelle.** Im Genshofener Kloster wurde im Auftrag des Priors jene Zelle, in der Maczoch gewohnt und den Mord an seinem Kusine verübt hat, vermauert. In Vertretung des Priors wird sich demnächst ein Klosterbruder nach Rom begeben, um dem Papst über den Verlauf der Petrikauer Gerichtsverhandlungen Bericht zu erstatten.

**14 Personen fanden in San Antonio (Texas) infolge der Explosion eines Lokomotivessels in einem Lokomotivschuppen ihren Tod.**

### Aus den Witzblättern.

**Väterlicher Rat.** „Tritt niemals in die Fußstapfen deines Vaters, mein Sohn; aber wenn du es schon tust, dann heirate wenigstens nicht!“

**Gerechte Strafe.** „Soeben hast du das Dienstmädchen geküßt, als es dir den Kaffee brachte!“ — „Verzeihung, liebe Frau, das dunkle Zimmer — ich dachte, du seiest es gewesen!“ — „Ich will dir's glauben und von jetzt an immer selbst den Kaffee bringen; aber jedesmal wünsche ich einen Ruß!“

**Nach seiner Aupassung.** Besuch: „Der photographische Apparat gilt ja jetzt als Erziehungsmittel.“ — Der kleine Paul: „Ach ja, ich habe noch nie so viel Prügel gekriegt als jetzt, wo ich den Knippskasten habe!“

**Nein Zahnarzt.** „Es bleibt nichts anderes übrig, als den Nerv zu töten.“ — Mein Gott, da kann ich nicht zusehen, da muß ich hinausgeh'n!“

**Oekonomisch.** Tochter: „Muatta, ich möcht zur Maschtera geh'.“ — Ja, i gib dir a paar Watsch'n, nacha brauchst loo Larva mehr.“

(Aus „Simplizissimus“.)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.